Die Einladung zur Hauptversammlung ist besonders zu beachten!

Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 11 | 26. Oktober 1921 | Jahrg. III

a) Mitteilungen des Vorstandes:

Einladung zur Hauptversammlung

des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (E. V.) Berlin

Die Hauptversammlung findet am **Sonntag, den 20. November** und am **Montag, den 21. November 1921** in den Räumen des Logenhauses, Berlin W, Kleiststraße 10, statt.

Gemäß § 15 der Satzungen werden die zur Teilnahme Berechtigten hiermit zur Hauptversammlung eingeladen.

Nach § 12 der Satzungen setzt sich die Hauptversammlung aus den Abgeordneten der Ortsgruppen, der Provinzial- und der Landesverbände, sowie den Mitgliedern des Vorstandes zusammen. Jede Ortsgruppe hat einen Abgeordneten, jede Ortsgruppe von mindestens 200 Mitgliedern 2 Abgeordnete und von mindestens 600 Mitgliedern 3 Abgeordnete zu wählen. Jeder Provinzial- und Landesverband hat für je 300 angefangene Mitglieder seines Bezirkes einen Abgeordneten, jedoch im ganzen nicht mehr als 3 Abgeordnete zu ernennen. Fahrt- und Aufenthaltskosten werden nicht vergütet.

Satzungsgemäß kann jeder Abgeordnete nur eine Stimme abgeben.

Eine große Reihe von Freunden unserer Bewegung hat sich bereit erklärt, Vertretungen von Ortsgruppen unentgeltlich zu übernehmen. Diesbezügliche Fragen beantwortet das Büro des Centralvereins. Die

Tagesordnung

lautet:

Sonntag, den 20. November, vorm. 10 Uhr:

Im Kampfe um unser Vaterland. (Vortrag und Aussprache.)

Nachmittags 3 Uhr:

1. Finanzreferat;
2. Innere Mission;
3. Bericht der Revisoren und Entlastung des Vorstandes;
4. Vorstandswahlen;

Montag, den 21. November, vorm. 9 Uhr:

1. Satzungsänderung;
2. Mittel und Wege zur Entgiftung unserer Bevölkerung von Haß und Vorurteil gegen die Juden.

Nachmittags 3 Uhr:

1. Wünsche und Beschwerden der Abgeordneten;
2. Innerjüdische Fragen.

Die Namen der Referenten werden später bekannt gegeben.

Nach § 15 der Satzungen müssen die Ortsgruppen vom Stattfinden der Hauptversammlung unmittelbar benachrichtigt werden. **Die gegenwärtige Veröffentlichung gilt als Benachrichtigung.**

Die Landesverbände und Ortsgruppen werden um baldgefl., spätestens am 12. November abzusendende Bekanntgabe der Namen der Abgeordneten gebeten.

Die Abgeordneten erhalten dann rechtzeitig eine Eintrittskarte und das für sie bestimmte Drucksachenmaterial zugesandt.

Am Sonntag und am Montag kann während der Mittagspause ein einfaches, aber durchaus ausreichendes, rituell zubereitetes Mittagessen im Logenhaus eingenommen werden; das Gedeck kostet 30 Mark. — Da die Gaststätte sich entsprechend vorbereiten muß, ist die Angabe der an den beiden Tagen oder an einem der Tage am Mittagessen Teilnehmenden unbedingt rechtzeitig, das heißt bis zum 15. November, erforderlich.

Im Interesse der Kostenersparnis erfolgen **keine weiteren Mitteilungen.**

Der Vorstand
des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
Dr. I. Brodnitz.

b) Mitteilungen des Syndikus:

1. Die letzten Enthüllungen über die Geheimnisse der Weisen von Zion.

Die Verwandtschaft zwischen vielen Gedanken der „Protokolle" und dem von Niccolo Macchiavelli in seinem berühmten Buche über den Fürsten Vorgetragenen ist schon mehreren auffällig gewesen; aber der Versuch, eine direkte Entlehnung nachzuweisen, ist mißglückt. Die wirkliche Quelle für die Grundlage des Buches des Ssergei Nilus ist (die Londoner Zeitung The Times vom 16., 17. und 18. August hat zuerst darauf hingewiesen) der Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu ou la politique de Machiavel an 19e siècle, par un contemporain, Brüssel, 1865 (339 S. 12), Datum des Vorworts Genf 15. Oktober 1864. In einer zweiten, inhaltlich gleichen, nur mit kleineren Buchstaben gedruckten Auflage, Brüssel 1868 (252 S.) nennt sich der Verfasser, der Pariser Rechtsanwalt Maurice Joly und erwähnt, daß er wegen seines Buches zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Eine deutsche Uebersetzung „Gespräche aus der Unterwelt zwischen Macchiavelli und Montesquieu", erschien 1865 in Leipzig. Ich habe das der preußischen Staatsbibliothek in Berlin gehörige Exemplar des ersten Drucks (Pa 9615) benutzt und gebe hier das Ergebnis meiner Prüfung.

Der Dialog ist weder gegen die Juden noch gegen die Freimaurer gerichtet. Beide werden nur je einmal kurz erwähnt: erstere S. 47 in einem Nebensatz, letztere S. 145: „Der Journalismus ist eine Art Freimaurerei". Das Buch enthält vielmehr eine scharfe Polemik gegen Napoleon III. Unter der anfangs dichten, später kaum noch verhüllenden Maske Macchiavellis legt Napoleon dem Verfasser des Esprit des lois seine aller moralischen Bedenken ermangelnde, nur auf den eigenen Nutzen bedachte Denk- und Handlungsweise dar.

Die „Geheimnisse" sind zum großen Teil ein Plagiat, bzw. eine flüchtige Uebersetzung aus dem „Dialog". Hier Beweise, deren Zahl, nachdem diese gefunden sind, von anderen leicht vermehrt werden kann.

Das lateinische Zitat per me reges regnant aus Spr. Sal. 8, 15, welches ich von Anfang an als für sich genügenden Beweis des nichtjüdischen Ursprungs der „Geheimnisse" bezeichnet habe, steht in Geh. 84 ohne Anlaß und Verwertung, hat aber in Dial. 63 guten Zusammenhang in Beantwortung der Frage, wer die Herrscher eingesetzt habe. Die zweimalige Nennung des indischen Götzen Wischnu, dessen hundert Arme nach ebenso vielen Seiten tätig seien Geh. 104, 123 stammt aus Dial. 141, 20. Das über Sulla G. 111 Gesagte steht Dial. 159. — Auch die Erwähnung des Papstes G. 122 hat ihren Anlaß in dem Dial. 202—206 Gesagten. Die Einteilung der „Geheimnisse" in 24 Sitzungsprotokolle ist verständlich nur als beibehalten aus den vielfach ganz parallelen 25 Gesprächen des Dialogs.

Einzelnes: Freiheit ist das Recht, das zu tun, was das Gesetz erlaubt G. 101 = D. 125. — Dem absoluten Herrscher gehört nach der Theorie alles. G. 129 = D. 222. — Die Person des Herrschers wird, ohne daß es für die Volksmenge sichtbar ist, durch eine große Anzahl von Geheimpolizisten gesichert. Ueberhaupt hat die Geheimpolizei ihre Augen und Ohren allerorten. G. 125, 123, = D. 212. — Alle durch den Staatsstreich für notwendig erachteten Aenderungen in den Gesetzen sollen auf einmal gemacht werden. G. 100 = D. 120 f. Ebenda die Grundsätze der neuen Verfassung (Presse, Recht des Zusammenschlusses, Wahlrecht.) — Für das Ansehen des Herrschers ist es wichtig, daß das Volk mit Ueberzeugung spreche: „Wenn der König wüßte" oder „Der König wird davon erfahren". G. 126 = D. 321. Die Geheimnistuerei der für die Presse Tätigen wird mit der der alten Auguren verglichen G. 106 = D. 145.

In unmöglich zufälliger Weise stimmen auch andere Aeußerungen über die Presse überein. Drucker und Verleger müssen einen Erlaubnisschein haben. G. 103 = D. 135. Stempelsteuer und Bürgschaftssummen G. 32 ff = D. 128 ff. Druckschriften geringen Umfangs werden mit erhöhter Steuer belegt (G. 30 Seiten, D. 200 oder 300 Seiten; der russische Text 30 Blatt). Einteilung der Zeitungen in amtliche, halbamtliche (welche die Gleichgültigen und Lauen gewinnen sollen) und scheinbar gegnerische G. 104 = D. 140. Dunkle Punkte in der Vergangenheit der meisten für die Tagesblätter Schreibenden G. 106 = D. 146.

Das Streben der Menschen nach Macht und die Raubtiernatur der Menschen G. 68 = D. 8. Die Anwendung unmoralischer Kampfmittel auch gegen den inneren Feind G. 69 = D. 9. — Der Zweck heiligt die Mittel. G. 11 = D. 12. Die Feigheit der Völker (G. setzt „nichtjüdischen" hinzu!), die vor der Macht kriechen, aber gegen die Schwachen unbarmherzig sind G. 80 = D. 43.

Beide Schriften rügen mit denselben Worten ein Finanzgebahren, welches Schulden mache und verzinse, aber nicht für allmähliches Abzahlen sorge. G. 133 = D. 250.

Der russische Fälscher hat die Schmähschrift gegen Napoleon III. umgewandelt in eine Anklage gegen Juden und Freimaurer wegen ihrer Welteroberungspläne und zwar in der Form, daß eine Versammlung der Juden über diese Pläne und ihre Ausführung berät. Bezugnahmen auf russische Verhältnisse, wie sie vor der großen Revolution des Jahres 1905 waren, hat Nilus besonders in den Schlußabschnitten seines Machwerks hinzugefügt. Daher weichen diese stärker von dem französischen Texte ab. In der Ueber-

setzung des Müller von Hansen spielen die Juden eine noch größere Rolle!

Auf die „Prager Friedhofsszene" oder Aehnliches findet sich in dem Buche Jolys auch nicht die geringste Hindeutung. Die gegenteilige Angabe der Kölnischen Zeitung 574 vom 30. August 1921 und anderer Zeitungen ist falsch.

D. Herm. L. Strack, Berlin-Lichterfelde-W.

* * *

In dem „Die Weisen von Zion endgültig als Fälschung entlarvt" überschriebenen Artikel der Nr. 9 unserer „Mitteilungen" werden irrtümlich die Nummern 18, 19 und 21 der „Vossischen Zeitung" erwähnt. Der Irrtum ist durch Verwechslung von Datum und Nummer entstanden. Es handelt sich um die Abendausgaben der Nummern 387 und 389 der genannten Zeitung.

2. Wilhelm II. und die Geheimnisse der Weisen von Zion.

Unter der Ueberschrift „Der Kaiser im Exil" bringt die „B. Z. am Mittag" mehrere Artikel von Gräfin Nora Bentinck. Darunter befindet sich in der Ausgabe vom 19. September ein Abschnitt betitelt „Gespräche in Doorn", welcher folgenden Passus enthält:

„Als ich im vergangenen Sommer in Holland war, las die Gesellschaft von Doorn Mann für Mann die antisemitischen „Protokolle" der Aeltesten von Zion. Und alle glaubten felsenfest, daß die Machinationen, die in der merkwürdigen Schmähschrift angeblich enthüllt werden (von jüdischer Seite wird das „Pamphlet" als grobe Fälschung zaristischer Agenten bezeichnet), zu den Entstehungsursachen des Weltkrieges und später des russischen Bolschewismus gehören. Der Kaiser selbst hat immer einige der judenfeindlichen Vorurteile in den militärischen und diplomatischen Kreisen Deutschlands geteilt, aber das hinderte ihn nicht, hervorragenden Juden seine Anerkennung für ihre Verdienste um den wirtschaftlichen Erfolgsrekord Deutschlands auszusprechen."

3. Memmingen.

Vor dem Volksgericht in Memmingen fanden vom 14. bis 16. September die Verhandlungen gegen den deutschvölkischen Führer Dr. Sicius und Genossen wegen Landfriedensbruchs statt, denen ein Berliner und ein Frankfurter Vertreter des Centralvereins beiwohnten. Neben Herrn Dr. Sicius und drei deutschvölkischen Genossen nahmen sieben radikale Arbeiter auf der Anklagebank Platz, die Herr Dr. Sicius als seinen Stoßtrupp benutzte. Einer dieser Arbeiter war einundvierzigmal, ein anderer achtzehnmal vorbestraft. Dank der vorbildlichen Unparteilichkeit des Verhandlungsleiters, Landgerichtsdirektors von Unold, wurde bei fast jeder der 65 Zeugenvernehmungen festgestellt, daß es sich um einen antisemitischen Putsch handelte. Besonders bezeichnend war die Aussage des Stadtrats Mayrock, des Führers der christlichen Gewerkschaften. Er bekundete u. a.:

„Freitag nachmittag kam ein Mädel zu mir, Dr. Sicius bitte, daß ich ins Bezirksamt komme. Ich traf vor der Tür die Angeklagten Braxmeier und Hail. Sicius sagte mir plötzlich, man müßte Rosenbaum herausholen, der habe 9 Zentner Butter. An den Preistreibereien sind die Juden schuld. Ich antwortete: Dann müßte man alle Bauern und Käser erst mal vorladen und die Schuld untersuchen. Dann müssen alle bestraft werden, ob Jude, ob Christ. Sicius antwortete, da sage man wieder, wir wollen den Juden helfen! Hail schlug vor, Rosenbaum gleich vor der Synagoge abzufassen. Rosenbaum müßte eine Tafel angehängt bekommen und einen Backsteinkäse und dann verprügelt werden. Als ich forderte, man solle die Gerichtsverhandlungen abwarten, sagten die Herren, nur rasch zu, die Gerichte machen zu langsam."

Verteidiger Zezschwitz: „Dr. Sicius wußte doch nicht einmal, um welchen Rosenbaum es sich handelt."

Zeuge Mayrock: „Dr. Sicius sagte, als ich ihn aufklärte, es sei gleich welcher Rosenbaum, jedenfalls ist es ein Jude."

Der Führer der Mehrheitssozialisten, Stadtrat Danneker, erklärte:

„Ich habe die Arbeiter gewarnt, sich auf ein Unternehmen einzulassen, das von dem Antisemitenführer Sicius ausgehen soll. Die armen Teufel müßten den Kopf hinhalten, und die Hintermänner lassen sich dann nicht sehen. Ich habe dem Kommunistenführer Mohring gesagt, er solle die Hände davon lassen, da die Sache von Dr. Sicius angezettelt sei. Im Chorus wurde immer geschrieen: Schlagt ihn tot, den Saujud!"

Zeuge Bürgermeister Braun hat durch den Stadtrat Danneker erfahren, daß Gewalttätigkeiten gegen Rosenbaum geplant waren, die von dem Judenhasser Dr. Sicius ausgehen. Diese hätte er, da wir in einem Rechtsstaat leben, unter keinen Umständen zulassen können.

Er sagt weiter aus: „Als die Menge vor Rosenbaums Villa demonstrierte und sich wild gebärdete, ging ich dorthin, um sie zu beruhigen, nachdem ich die Schutzmannschaft beauftragt hatte, Rosenbaum zu schützen. Um 10 Uhr abends wurde mir gemeldet, daß die Menge sich vor dem Gefängnis nicht zerstreut habe, sondern jetzt gegen Guggenheimer und andere Juden vorgehe. Ich ging halb 12 Uhr nachts wieder heim, nachdem sich die Menge allmählich beruhigt hatte."

Rechtsanwalt von Pestalozza fragt, ob die Bürgerschaft mit diesen Krawallen einverstanden gewesen ist.

Zeuge Bürgermeister Braun: „Ein großer Teil der Bürgerschaft ist mit einem Tropfen antisemitischen Oeles gesalbt, und es ist diesen Leuten natürlich am allerliebsten, wenn etwas gegen einen Juden geschieht."

Der dritte Verhandlungstag begann mit einem Beweisantrag des Verteidigers Graf von Pestalozza, der große Bewegung hervorruft. Durch die Art der Verteidigung des Herrn Dr. Sicius sei er gezwungen, den Beweis dafür anzutreten, daß Dr. Sicius in Nürnberg aus dem Lazarettzuge einen Ballen Tabak in seinen Möbelwagen habe schaffen lassen. Dr. Sicius behauptet, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat gehandelt zu haben. Alle Soldaten hätten Tabak in großen Mengen erhalten. Graf

von Pestalozza entgegnet, daß seine Gewährsmänner gerade deshalb erbittert gewesen seien, weil die Mannschaft nichts bekommen habe.

Die Schutzleute bestätigen übereinstimmend, daß die Dinge von der Demonstration bis zur Einlieferung Rosenbaums ins Gefängnis genau sich so zugetragen haben, wie die Anklage es darstellt. Der antisemitische Charakter der Demonstration habe sich deutlich gezeigt, denn als man bei Guggenheimer vorbeigekommen sei, wurde hinaufgerufen: „Du kommst auch noch dran!" Es wimmelte auf dem ganzen Wege von antisemitischen Schmähungen.

Zeugin Horn, bei der Dr. Sicius während der Demonstration die Vorgänge vor der Villa Rosenbaum beobachtete, erklärt: „Mir hat der Rosenbaum leid getan. Er hat direkt niederschlagend auf mich gewirkt. So behandelt man kein Stück Vieh!"

Vorsitzender: „Sind Sie also nicht der Ansicht eines Teils der Angeklagten, daß „heller Jubel" über das Strafgericht an Rosenbaum geherrscht habe."

Zeugin Annege sagt aus, daß Dr. Sicius im Hotel zum „Adler" in Zeitschriften und Zeitungen, so in die „Frankfurter Zeitung" Zettel antisemitischen Inhalts eingeklebt habe.

Angeklagter Dr. Sicius: „Es handelte sich um Zettel des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes in Duisburg."

Verteidiger v. Pestalozza: „Sie hatten kein Recht, fremdes Eigentum zu beschmieren und den Wirt zu schädigen."

Der Antrag des Staatsanwalts:

für die einzelnen Angeklagten lautete:
für Dr. Karl Sicius auf 7 Monate Gefängnis,
für Jakob Mohring auf 6 Monate Gefängnis,
für Eduard Hail auf 4 Monate Gefängnis,
für alle übrigen Angeklagten auf 3 Monate Gefängnis.

Das Urteil:

Braxmeyer, Johann, Elektromonteur,
Pöppel Karl, Schlosser,
Schenk, Leonhard, Hoteldiener,
Beck, Remigius, Taglöhner,
Linse, Johann, Taglöhner,
Hausch, Michael, Schreiner,
Huith, Kaspar, Taglöhner

wurden von einem Vergehen des Landfriedensbruchs und der Beleidigung freigesprochen.

Mohring, Jakob, Schneidermeister und Stadtrat, wurde von einem Verbrechen des Landfriedensbruchs unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen.

Dagegen werden **Dr. Sicius**, prakt. Arzt und Hail Eduard, Eisenhändler, wegen **Anstiftung zum schweren Hausfriedensbruch zu 1 Monat Gefängnis** verurteilt. Hail Friedrich, Kunstgewerbeschüler, und Stöhr Erich, Handlungsgehilfe, werden wegen eines Vergehens des Hausfriedensbruchs zu 5 Tagen Gefängnis und zu den sie treffenden Kosten verurteilt.

Den Verurteilten wird Bewährungsfrist bis 1. Oktober 1923 bewilligt.

Es ist also nur eine Verurteilung der Deutschvölkischen erfolgt. Die verführten Arbeiter sind freigesprochen worden.

Aus der Urteilsbegründung:

Die Zunahme der Lebensmittelteuerung, die Preissteigerung der Milch und Milcherzeugnisse hat in Memmingen in allen Schichten der Bevölkerung eine erhebliche Erregung hervorgerufen. Diese Erregung bewog die judenfeindlich gesinnten Angeklagten Ed. Hail und Dr. Sicius den jüdischen Käse- und Buttergroßhändler Rosenbaum unter Aufbieten einer großen Menschenmenge, wie nicht anders anzunehmen ist, gegen seinen Willen und gewaltsam aus seinem Anwesen herauszuholen, um ihn mit einer auf die Schieberei hinweisenden Tafel durch die Straßen der Stadt zum Marktplatz zu führen.

Zur Ausführung dieses Planes haben die beiden den 6. August bestimmt. An diesem Tage versammelte sich um 4 Uhr nachmittags eine immer mehr anwachsende Menschenmenge, die eine mehr und mehr bedenkliche Haltung annahm. Diese Ansammlung entsprach dem Willen der beiden Angeklagten und wurde veranlaßt durch ihre unmittelbar werbende Tätigkeit. Es hatte sich eine Menschenmenge öffentlich zusammengerottet und an Sachen und Personen Gewalttätigkeiten verübt.

Zur Verurteilung gelangt das Volksgericht nicht, obwohl es für nachgewiesen erachtet wird, daß es in dem Willen der Angeklagten lag, Gewalttätigkeiten gegen Sachen zu unternehmen. Die von ihnen geplante Herausholung erfolgte nicht durch die Menge, sondern Rosenbaum wurde (auf Grund des Haftbefehls, Schriftl.) durch die Schutzmannschaft abgeführt. Dadurch hat sich gegen Hail und Dr. Sicius der Tatbestand des erschwerten Hausfriedensbruches erfüllt. Der Angeklagte Mohring hat zwar das umfriedete Besitztum betreten. Er konnte sich aber zu Unterhandlungen als Arbeiterführer berechtigt halten. Als Gründe für die Bewährungsfrist sprachen die bisherige Straffreiheit der Verurteilten. Sie wurden durch die allgemein herrschende Erregung beeinflußt, waren sich der ganzen Tragweite ihres Tuns und der schweren Strafbarkeit nicht voll bewußt und begingen die Tat nicht aus verwerflichen Motiven.

4. Der Parteitag der Deutschnationalen in München.

Vom 1. bis 3. September hat in München der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei stattgefunden. Ueber die Stellung der Partei zur Judenfrage wurde viel gesprochen, obwohl das eigentliche Referat des Prof. Gruber-München, im letzten Augenblicke, angeblich wegen Zeitmangel, abgesetzt wurde. Der Vorsitzende, Dr. Hergt, äußerte sich dabei folgendermaßen (nach dem Bericht der „Kreuzzeitung" vom 2. September):

„Wir wollten, daß dieser Parteitag uns hinsichtlich der Judenfrage ein Stück vorwärts bringen sollte. Wir haben in Hannover das Glück gehabt, dieses Kernstück unseres ganzen Parteiprogramms, unser Eintreten für das deutsche Volkstum in idealistischer Reinheit, herauszuarbeiten. Wir wußten, daß wir aus dem Sumpf nur herauskommen konnten, wenn wir unser deutsches Volk sittlich innerlich erneuern. Das war nur möglich innerhalb des Deutschtums. Damit war die Notwendigkeit verbunden, daß wir uns freimachen von der jüdischen Vorherrschaft und dem jüdischen Einfluß. (Lebhafter Beifall.) In der Deutschnationalen Volkspartei könnte es keinen jüdischen Einfluß, keinen jüdischen Einschlag geben. Es gibt keinen Deutschnationalen, der nicht voll und ganz

von der Wahrheit dieser Richtlinien erfüllt wäre. Noch immer wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir oberflächlich urteilen, daß wir nicht wagen, diese Frage wissenschaftlich anzufassen. Deshalb wollen wir zeigen, daß wir auch eine solche wissenschaftliche Auseinandersetzung nicht zu fürchten haben. Die beiden Vorträge von Professor Dr. Brunstäd und v. Gruber sollten daher Aufklärung bringen. Die jüdische Frage ist eine Rassenfrage, das wissen wir alle. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen aufklären, was in Deutschland eine deutsche Rasse ist, und was eine jüdische Rasse ist. Beim Vergleich der beiden Rassen wollten wir zu Ergebnissen kommen, die dann für unser Parteiprogramm nutzbar gemacht werden sollten. Ein solcher Vortrag mußte epochemachend wirken, er mußte aber eine erschöpfende Erörterung nach sich ziehen. — Nun ist unsere Tagung so stark überlastet, daß Professor von Gruber gebeten hat, diesen ganzen Abschnitt aus der Tagesordnung herauszunehmen und einer besonderen Tagung zu überweisen, die in größerem Umfang stattfinden soll. Schweren Herzens haben wir uns damit einverstanden erklärt. Diese Vertagung soll aber keine Verzögerung auf lange sein. In allernächster Zeit wird die Parteileitung entsprechende Maßnahmen treffen. (Beifall.)"

Ueber den von Hergt angekündigten Vortrag des Prof. Brunstädt-Erlangen bringen wir nachstehenden Bericht aus dem „Vorwärts" vom 3. September:

„Die völkisch-nationale Erneuerung im Interesse der Selbsterhaltung und der Würde Deutschlands sei notwendig. Fort mit dem Internationalismus, zurück zum reinen Volkstum, wie es seine Blüte von 1760 bis 1830 hatte, zum nationalen Kulturstaat. Fort mit dem Marxismus und allen undeutschen Lehranschauungen, die sich jetzt bei uns breitmachen. Scham und Schande rührt unsere Volksseele wieder auf. Der deutsch-völkische Geist hat sein Ziel in der Bereicherung der Seele, nicht in der Anhäufung irdischer Güter. Der Antisemitismus ist eine negative Waffe, unsere positiven Aufgaben der Erneuerung des Volkstums sind wichtiger. Zweifellos ist das Judentum ein fremdes Volkstum in unserem Volkstum. Wir achten dieses Volkstum, wie wir unser eigenes Volkstum achten, aber es wäre wahnwitzig, diesem Volkstum unsere Führerschaft anzuvertrauen. (Stürmischer Beifall.) Wir dürfen aber nicht vergessen, daß unser Volkstum stark genug gewesen ist, einzelne Elemente aus jenem fremden Volkstum zu uns herüberzuziehen. Aber das sind Ausnahmeerscheinungen; im allgemeinen hat der Jude kein völkisches Empfinden. Der zersetzende, scharf analysierende Stand ist seine Waffe, dazu die skrupellose Verwendung seiner angehäuften Gelder. Unsere Zukunft liegt nicht in der Mauserung der Sozialdemokratie, sondern in einer kräftigen Förderung der nationalen Arbeiterschaft. (Beifall.) Der Arbeiter muß entproletarisiert und durch Siedlungen ansässig gemacht werden. Liberalismus, der sich nicht auf den Boden konservativer Anschauung stellen kann, ist sinnlos. Redner schließt mit Arndts Worten: Die Treue stets zuerst, zuletzt im Himmel und auf Erden."

Als Kuriosum sei noch eine Aeußerung des Dr. Wagner von der Reichsleitung der Deutschen Volkspartei in Wien verzeichnet, der im Verlaufe der Diskussion in bezug auf die neuesten Ereignisse im Burgenlande behauptete: „Magyarengeist ist Judengeist."

Wir sind neugierig, was Herr Horty und die Herren „erwachenden Ungaren" und ihre deutschvölkischen Gesinnungsfreunde hierzu sagen werden.

5. Drei Delegiertentage.

1. „Deutscher Herold",

Bund der Vorkämpfer für deutsch-völkisches Zeitungswesen und völkische Politik E. V.

Am Sonnabend, den 1. Oktober 1921, fand der erste Vertretertag des Deutschen Herold in Berlin statt. Nach Eröffnung durch den Hauptgeschäftsführer, Direktor Julius Schoene, sprach Graf Reventlow, Herausgeber des „Reichswart" und Leiter der auswärtigen Politik am „Deutschen Tageblatt", über die äußere politische Lage. Die Politik der augenblicklichen Regierung sei eine solche der Ergebenheit gegen Frankreich. Wirth ressortiert von Paris. Die jüdische Hand dirigiere. England sieht besorgt auf diese Rathenausche Politik. Bezüglich der osteuropäischen Lage habe man im vergangenen Jahre eine günstige Gelegenheit versäumt, mit Rußland gegen Polen zu gehen. Wir müßten die verderbliche Politik Rathenau und Wirth bekämpfen wie auch den jüdischen Internationalismus, in dessen Zeichen diese Politik steht. Nach England müsse unser Blick gerichtet sein, unbeschadet der Ueberzeugung, daß eine Befreiung Deutschlands nur an der Seite eines unabhängigen, national regierten Rußlands möglich sei.

Dann äußerte sich der erste Vorsitzende, Reinhold Wulle, über die innerpolitische Lage. Die Regierung Wirth habe im August vor dem Zusammenbruch gestanden. Die Ermordung Erzbergers sei aber zum Vorwand genommen, die Massen des Volkes gegen die Rechte zu alarmieren. Trotzdem gehe die Rechte gestärkt aus dem Feldzuge hervor. Darum müsse die Niederlage der Regierung ausgewertet werden. Das könne in erster Linie durch die Presse geschehen, die tagtäglich den Massen die Wahrheit vorhalte. Man solle nicht von Ehrhardt oder Roßbach abrücken, sondern zu ihnen halten, weil sie die Verkörperer des aktiven Deutschlands seien.

Hiernach wies Major Henning darauf hin, daß die zweite Revolution vorbereitet würde und forderte die Anwesenden auf, den geplanten Schlag zu vereiteln. An einem Siege ihrer Sache sei gar nicht zu zweifeln.

Die sich anschließende Hauptvorstandswahl hatte folgendes Ergebnis:

1. Reinhold Wulle, M. d. R., 1. Vorsitzender; 2. Graf Ernst zu Reventlow, geschäftsführender Vorsitzender; 3. Landesökonomierat Beckh-Ratsberg, stellv. Vorsitzender; 4. Rittmeister v. Bismarck; 5. Dr. von Brehmer; 6. Buchdruckereibesitzer E. Brückmann; 7. Kaufmann K. Deiters; 8. Dipl. Landwirt F. Grothe-Mismahl; 9. Major Henning, M. d. R.; 10. Hauptmann Hering-Deutschwehr; 11. Oberjustizrat W. Koerner; 12. Generalsekretär Kunze; 13. Prof. R. Malguth; 14. Konzertsängerin M. Oldenburg; 15. Frl. S. Raabe; 16. Kaufmann A. Wieczorek; 17. Direktor v. Dewitz-Stettin; 18. Dr. Diersch-Leipzig; 19. Rittmeister v. Dietlein; 20. Gutsbesitzer von Graefe-Goldebee, M. d. R.; 21. Kapt. zur See Hagedorn, Halle a. S.; 22. Korv.-Kapt. Hermann-Neuruppin; 23. Haupt-

schriftleiter Holtz-Hamburg; 24. Arzt Dr. Nieber-Breslau; 25. Pastor Wangemann-Magdeburg. 26. Zahnarzt Wicklein-Weida; 27. der Direktor des Deutschen Herolds; 28. der Vorsitzende des Landesverbandes Groß-Berlin; 29. Oberstleutnant Bauck.

2. Deutsch-Soziale Partei.

Am 8. und 9. Oktober fand im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses unter Leitung des ersten Vorsitzenden, Richard Kunze, der erste Parteitag dieser Partei statt. Wie er selbst in seinem „Deutschen Wochenblatt" Nr. 42 berichtet, wurde seine zweistündige Rede mit atemloser Spannung angehört. In den Novembertagen 1918 war dem Volke Freiheit, Friede, Brot und der Volksstaat versprochen. Freiheit und Friede haben wir nicht, Brot haben nur die, die dem Volke solches versprochen haben, anstatt des Volksstaates haben wir den Kapitalistentaat — jüdische Kapitalherrschaft. Dies eben will die Partei bekämpfen. Und sie wird sich durchsetzen, denn in knapp drei Monaten sind Tausende von Anhängern gewonnen und 30 Ortsgruppen gegründet. Das verdankt die Partei ihrem Programm.

Sodann erläuterte der Diplom-Landwirt Duckat-Berlin ein präzisiertes Agrarprogramm. Er forderte Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion durch sorgfältige Ausbildung der Landwirte, Einsetzung von Kontrollstationen, durchgreifende Besserung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Ausschaltung des Zwischenhandels, Herabsetzung der Umsatzsteuer. Luxusgüter müßten in erster Linie zur Siedlung herangezogen werden, Oedländer von staatlich besoldeten Arbeitern erst für die Nutzbarmachung hergerichtet werden.

In der Aussprache glaubten ein ehemaliger Mehrheitssozialist und ein ehemaliger Kommunist die Versicherung abgeben zu können, daß der nach deutscher Führung hungernde Arbeiter das Programm der deutschsozialen Partei glatt unterschreibe.

3. Deutscher Orden und Deutschgläubige Gemeinschaft.

Vom 21. bis 23. Wonnemonds (Mai) fand in Braunschweig das Große Ding des „Deutschen Ordens" und der Reichstag der „Deutschgläubigen Gemeinschaft" statt. Dem Juli/Augustheft der Zeitschrift „Neues Leben" entnehmen wir das Folgende:

Der Deutsche Orden zählt gegenwärtig 300 Mitglieder, die sich auf 33 Gilden verteilen, die wiederum in sechs Landsmannschaften eingeteilt sind. Die geistige Führung der Bewegung liegt bei dem Herausgeber der genannten Zeitschrift, Dr. Ernst Hunkel. Als für die Oeffentlichkeit bestimmt, wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Zur Wirtschaftsfrage: „Der Deutsche Orden steht auf dem Boden der Befreiung des deutschen Menschen von der Zinsknechtschaft; seine Mitglieder sollen sich mit allen Vorschlägen beschäftigen, die zur Erreichung dieses Zieles führen können."

2. Zur Religionspolitik: „Der deutsche Orden lehnt das „Alte Testament" als Erziehungsmittel der deutschen Jugend ab, weil es mit dem deutschen sittlichen Empfinden unvereinbar ist."

3. Zur Frage der Freimauerei und ähnlicher Vereinigungen: „Der Deutsche Orden lehnt jede Gemeinschaft ab. die ein allgemeines Menschentum als erstrebenswertes Ziel über das völkische Deutschtum stellt."

(Damit ist nicht gesagt, dass der Orden Angehörige solcher Vereinigungen ohne weiteres ausschliesst oder nicht aufnimmt. Es kommt vielmehr ganz auf die Artung und Geistesrichtung des einzelnen Menschen an.)

4. Zur Parteipolitik: „Der Deutsche Orden stellt seinen Mitgliedern die Zugehörigkeit zu jeder politischen Partei frei. Er betrachtet es als selbstverständlich, dass jede Betätigung des einzelnen innerhalb einer politischen Partei nur den deutschvölkischen Zielen dienen darf."

5. Zur Genossenschaft Deutsch-Ordensland und zur Freiland-Siedelung Donnershag: „Der Deutsche Orden erkennt die Genossenschaft Deutsch-Ordensland als Ordenswerk an. Eine wirtschaftliche Verantwortung des Ordens besteht jedoch nicht. Er empfiehlt die Unterstützung der Genossenschaft durch Beitritt, Erwerbung von Anteilen, Gewährung von Darlehen und Spareinlagen sowie Benutzung ihrer sonstigen Einrichtungen: Verlags- und Versandbuchhandlung, Warenvertriebsstelle."

6. Angesehene Zentrumsmänner gegen die Judenhetze.

Die zentrumsparteilichen „Konstanzer Nachrichten" vom 8. 10. 21 bringen einen ausführlichen Bericht über einen Vortrag, den der Syndikus des Centralvereins, Dr. Holländer, am 6. 10. in einer Aufklärungsversammlung gehalten hat.

Die Diskussion ergab so bemerkenswerte Aeußerungen führender dortiger Zentrumsleute, daß wir ihren Verlauf an Hand des Berichtes der „Konstanzer Zeitung" wiedergeben möchten:

„Herr Geistlicher Rat Münsterpfarrer Weiß bemerkte in der Diskussion, daß der Katholiken- und Zentrumsführer Windthorst, wie der Redner richtig bemerkt habe, stets für die Juden eingetreten sei, und zwar nicht nur aus Klugheitsgründen, sondern auch aus staatsrechtlichen Gesichtspunkten heraus. Wir seien in Deutschland, wie der Redner ebenfalls richtig gesagt habe, keine geschlossene nationale Einheit, sondern zerfallen in zahlreiche Stämme. Wir sind einig durch die Gesetzgebung. Die staatliche Einrichtung muß genügen, daß man Staatsbürger nicht bekämpft, auch wenn sie Juden sind. Wir dürfen da nicht nach Sympathien und Antipathien urteilen. Vom Standpunkt des Christentums aus haben wir den Antisemitismus immer abgelehnt. Wer die Juden verfolgt, handelt nicht christlich. Dem Redner zollte Herr Geistlicher Rat Weiß für seinen Vortrag Anerkennung. — Herr Rechtsanwalt Dr. Baur legte den Standpunkt der Zentrumspartei in der Judenfrage dar und verwies auf die großen Führer Windthorst, Gröber u. a., die immer und überall für die religiöse und staatsbürgerliche Freiheit aller Reichsangehörigen, auch der Juden, eingetreten seien. Er belegte seine Ausführungen mit zahlreichen Zitaten aus den Reden führender Zentrumspolitiker. Ausnahmegesetze stehen im Widerspruch mit der persönlichen und staatsrechtlichen Freiheit." —

„Ferner sprachen sich ein Anhänger der Sozialdemokratie und die Vertreterin der Frauenbewegung, Fräulein Schieß, ebenfalls gegen den Antisemitismus aus. — Herr Oberpostinspektor Adam sprach als Protestant gegen die Gefahr des Antisemitismus für die Gesamtheit. Zuerst gehe es gegen die Juden, dann gegen die Katholiken. Man solle das in evangelischen Kreisen bedenken. Auch in den Kämpfen der letzten Wochen habe man auf evangelischer Seite diese Gefahr vielfach übersehen. Er sage das in aller Offenheit als evangelischer Christ. — Herr Oberbürgermeister Dr. Moericke warnt vor Judenhetze und spricht für den Bürgerfrieden."

7. Der Antisemitismus unkatholisch und unchristlich!

Auf dem in Frankfurt a. M. Ende August abgehaltenen Katholikentag betonten fast sämtliche Redner die Notwendigkeit, jede Art von Haß und Verhetzung auszuschalten.

Herr v. Seidlech sagte u. a.:

„Wir müssen zu den Geboten vom Sinai zurückkehren. Sie sind ein ewiges Gesetz, von denen die Staatsform, ob Monarchie oder Republik nicht berührt wird.

Dr. Ludwig erklärte unter dem Beifallssturm aller Teilnehmer:

„Der rassenhassende Antisemitismus ist durch und durch unkatholisch und unchristlich."

Demgegenüber fallen die Worte des Stuhlweissenburger Bischofs Ottokar Prohászka weniger schwer ins Gewicht, der in verallgemeinernder Weise von jüdisch-bolschewistischen Revolutionären sprach, zumal da er selbst weiterhin noch ausführte: „Daß es viele anständige und rechtdenkende Juden gibt, weiß ich. Von denen habe ich nicht gesprochen. Ich weiß aber auch, daß diese anständigen und gerecht handelnden Juden nichts gemein haben wollen mit dem landfremden Gesindel ihres Volkes, das in Ungarn an den Schandtaten der Revolution beteiligt war." (Kölnische Volkszeitung, vom 5. September.)

* * *

In diesen Zusammenhang dürfte eine Meldung der „Schlesischen Zeitung" vom 29. 9. gehören, der aus Wien gedrahtet wurde:

Die „Reichspost" teilt folgende Entschließung des polnischen Katholikentages in Warschau zur Judenfrage mit: „Die Judenfrage bedroht den polnischen Staat mit einer großen Gefahr. Der Katholikenkongreß wendet sich an die Geistlichkeit, sie möge unter gleichzeitiger Warnung der breiten Massen vor Pogromen die Losung „Jeder zu den Seinen" verbreiten. Mit Rücksicht auf den wachsenden Einfluß des Judentums und seine verbrecherischen Kämpfe, die darauf abzielen, die Welt durch den Sturz des Kreuzes zu beherrschen, beschließt der Kongreß, daß jeder polnische Katholik direkten Anteil an jeder Aktion nehmen soll, die den Zweck hat, alle Gebiete des geistigen Lebens in Polen vom jüdischen Einfluß zu befreien. Infolge der stetig wachsenden Angriffe des jüdischen Elements, das dem polnischen Staate feindlich ist und Polens nationale Existenz untergräbt, beschließt der Kongreß die Regierung aufzufordern, sie möge sofort aus den Staatsgrenzen alle ungesetzlich zugereisten Juden entfernen."

8. Aus den Reden des badischen Staatspräsidenten Trunk.

Die Reden des badischen Staatspräsidenten im badischen Landtage am 22. und 23. 9. 21 enthalten zur Judenfrage so bedeutsame Stellen, daß wir sie wiederzugeben für nötig halten:

a) „Ich habe noch nie den Mut zur Wahrheit gescheut, auch nicht seit dem 9. November 1918. Ich habe am 9. November 1918 und den Tag vorher zusammen mit dem Kollegen Dr. Ludwig Haas nachts in jenen Stunden auch den Mut zur Tat nicht gescheut, als niemand außer dem früheren Herrn Minister v. Bodmann nach dem Karlsruher Schloß geeilt ist, als damals die dringende Bedrohung des Großherzogs und der großherzoglichen Familie vorlag, in der Stunde, als die großherzogliche Familie aus Karlsruhe Hals über Kopf in größten Aengsten weggegangen ist. Damals habe ich die Hoffnung gehabt, daß die Hunderte von Offizieren, die in Karlsruhe seit Jahr und Tag in Garnison gestanden haben, an jenem Tage und die Nacht zuvor, als es bedrohlich geworden war, für das Schloß und die Insassen des Schlosses, um den Großherzog, die alte Großherzogin Luise und die ganze Familie eine freiwillige Leibgarde gestellt hätten. Aber, das war nicht der Fall. Ich mußte damals nachts 10 Uhr die aus dem Lande hier zusammengezogenen Soldatenräte, die Herren Brümmer und Weser anflehen, daß sie revolutionäre Wachen zusammenzogen, damit Hilfe gebracht werden konnte. (Hört, hört!) Und Herr Dr. Ludwig Haas — ein „Jude!" Ich betone das, ich werde Ihnen nachher eine Erklärung dafür geben — eben er ist an der Spitze der Wache vom Ministerium des Innern, mit dem Sommerüberzieherchen angetan und den Stock in der Hand, mit den 40 Leuten und an ihrer Spitze vorausgeeilt, um möglichst rasch dem Großherzog zur Hilfe zu kommen. Es muß das gesagt werden, weil nachgerade so getan wird, als ob gewisse Leute das nationale, vaterländische und anständige Denken, Fühlen und Tun für sich in Erbpacht hätten."

b) Aus den Statuten der aufgedeckten Geheimen Organisation ist folgende Bestimmung wichtig:

„Juden, überhaupt jeder Fremdrassige, ist von der Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft erlischt a) durch den Tod, b) durch Ausweisung infolge unehrenhafter Handlungen, c) bei Ungehorsam gegen Vorgesetzte, d) durch freiwilligen Austritt."

c) „Darüber darf kein Zweifel sein: Wenn je einmal und wenn irgendwo mit dem Wort „national" Mißbrauch getrieben worden ist, dann geschieht es hier in einer solchen und anderen Organisation. Was jetzt Deutschland im Reich und in den Ländern notwendig hat, das ist nicht solcher Kampf gegen deutsche Mitbürger, mögen sie Juden oder Nichtjuden sein (Sehr richtig!), mögen sie von jeher in Deutschland gewesen sein oder nicht, mögen sie als international von jenen Leuten angesehen werden oder nicht — denn ich bin mir klar darüber; von denen werde ich auch als international denkend angesehen eben deshalb, weil ich katholisch und Zentrumsmann bin. Es ist nicht mißzuverstehen: „Bekämpfung alles Anti- und Internationalen." Statt des „Internationalen" könnte auch ein anderes Wort gebraucht werden, das man in der Vergangenheit uns vielfach angeworfen hat."

9. Getreidewucher.

In vielen rechtsstehenden Zeitungen wimmelt es von Angriffen teils in verkappter, teils in unverhüllter Form gegen die Juden, die Schuld an den hohen Getreidepreisen tragen sollen. Wie steht es damit? Durch Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft ist der weitaus größte Teil des geernteten Getreides in den freien Handel übergegangen, ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz, knapp 3 Zentner pro Morgen ist „umgelegt"

worden, d. h. er muß zu bestimmten amtlich festgelegten Preisen zur Ablieferung gelangen. Auf das freie Getreide stürzten sich nach Aufhebung der Zwangswirtschaft alle Getreidehändler, Mühlen und Malzfabriken, selbstverständlich machten die in diesem Gewerbe vertretenen Juden keine Ausnahme. Die Landwirte, die über die Wucherpreise entrüstet sind, das Geld aber nehmen, müssen von den Behörden mit allem Nachdruck zur Ablieferung des Umlagegetreides aufgefordert werden. Die Kommunalverbände, an die das Getreide zur Ablieferung gelangt, meldeten nun aus Angst, das Umlagesoll nicht erfüllen zu können, dem Regierungspräsidenten, daß fremde Händler Wucherpreise bis zu 300 M. pro Zentner zahlten, um das Getreide ins Ausland zu verschieben. Beide Vorwürfe beruhen auf unkontrollierbaren und unwahren Gerüchten. Angestellte Nachprüfungen ergaben, daß die Meldungen nicht zutrafen. Ich erinnere hierbei an einen Fall, der einen jüdischen Getreidehändler in Sondershausen betraf, an einen unbegründeten Verdacht der Bezirksdirektion Weimar und an eine durch alle Zeitungen gegangene Meldung von einer Verschiebung von sechs Wagen Getreide auf Station Bebra, die sogar amtlich dementiert wurde.

Die in den antisemitischen Raiffeisenorganisationen stark vertretenen deutschvölkischen Schutz- und Trutzbündler schoben, um ihre eigenen Preistreibereien zu verdecken, in öffentlichen Versammlungen den Juden die Schuld zu. Die Preisprüfungsstelle Gotha gab bekannt, daß sie die Namen aller dieser gewissenlosen Händler in die Tagespresse bringen würde. Ihren Plan führte sie auch aus. Wie schmerzlich muß es aber den Deutschvölkischen zu Mute gewesen sein, nur christliche Firmen und die verschiedensten Aufkäufer der Thüringer Hauptgenossenschaft, nämlich die Firmen: Friedrich Freitag-Illeben, Heinrich Hartmann-Eckardsleben, Heinrich Schweitzer in Bufleben unter den „Wucherern" zu sehen (cf. Thüringer Allgemeine Zeitung v. 21. August). Man sieht hieraus, daß sich Genossenschaften wie Raiffeisen deren Zweigstellen und Aufkäufer — letztere sind in vielen Fällen selbst Landwirte — dieser Preistreibereien schuldig gemacht haben. Wenn also den Juden durch das Zahlen der Marktpreise ein Vorwurf des Wuchers treffen würde, dann würde er auch in gleicher Weise auf die ländlichen Genossenschaftsorganisationen der Landwirte, also auf diese selbst zurückfallen.

Hauptschuld an den hohen Getreidepreisen haben aber diejenigen landwirtschaftlichen Verbände, die unter Zugrundelegung falscher Zahlen den Bauern vorgespiegelt haben, daß der Selbstkostenpreis eines Zentners Getreide 213,60 Mark beträgt. In diesem Aufruf des Landbundes der Provinz Sachsen, der die Bauern zur Sabotage auffordert, wird eine Durchschnittsernte von 6—7 Zentner pro Morgen angegeben, während durchschnittlich ca. 14 Zentner geerntet worden sind. Wenn der Landbund den Bauern eine das Volk ausbeutende Verkaufsrichtschnur gibt, und die Bauern danach handeln, dann fällt auch hier der Vorwurf des Wuchers nicht auf die jüdischen Händler, sondern auf die Bauern selbst zurück.

10. Die Kolberger Getreideschiebungen.

Held Kunze hat im „Deutschen Wochenblatt" vom 31. August unter der Ueberschrift „Jüdische Getreideschieber. Tod den Volksverrätern" erzählt, ein Kolberger Getreidejude habe 1000 Zentner Roggen nach Rußland verfrachten wollen, die empörte Menge hätte ihn aber gezwungen, das Getreide ausladen zu lassen und hätte ihn obendrein noch gehörig verprügelt. Die Regierung hätte aber einen Teil des Getreides zur Ausfuhr freigegeben.

Die in Stettin erscheinende „Ostsee-Zeitung" vom 9. September 1921 erklärt zufolge einer Notiz der „Kolberger Zeitung für Pommern", die ganze Geschichte ist aus den Fingern gesogen. Die amtlichen Hafenlisten wiesen nach, daß während des ganzen Jahres von Kolberg aus überhaupt kein Getreidedampfer nach dem Auslande, geschweige denn nach Rußland verfrachtet sei, somit die „Menge" gar keinen Grund gehabt habe, sich zu „empören". Sie fügt hinzu: „So soll ‚Stimmung' gemacht werden".

11. Dr. Arnold Ruge.

Dr. Arnold Ruge hat uns während und nach seiner Tätigkeit als Privatdozent in Heidelberg und späterhin, als er als Wanderredner für sich und den wüstesten Antisemitismus Propaganda machte, wiederholt Gelegenheit gegeben, uns mit ihm zu beschäftigen. (Vergl. Mitteilungen Nr. 22 Jahrg. II und Nr. 1 Jahrg. III.) Als er verschiedentlich starke Abfuhren erlitt, zog er es vor, aus der Oeffentlichkeit zu verschwinden. Anfang August erst tauchte sein Name wieder in der Presse auf.

An die Ermordung Erzbergers hatte sich ein energisches Vorgehen der Regierung gegen das Geheimbund-Unwesen angeschlossen, das im Laufe des September zur Aufdeckung einer rechtsradikalen Nachrichtenzentrale in Schlesien führte, die ihr Hauptquartier auf Schloß Bielau bei Neisse hatte, von wo aus ein eifriger Kurierdienst nach München und Ostpreußen unterhalten wurde. Die Ermittelungen der Regierung stellten fest, daß diese Nachrichtenzentrale an der Verschleppung politischer Persönlichkeiten aus Breslau beteiligt gewesen sei, und daß man ihre Mitschuld an der Ermordung von vier Selbstschutzangehörigen in Oels mit großer Bestimmtheit annehmen könne. Als Leiter dieser Organisation verhaftete man einen Herrn, der Papiere auf den Namen „Geheimrat Berger" bei sich hatte, der sich aber, als der Ermittelungsrichter des Amtsgerichts Breslau sich näher mit ihm beschäftigte, als Dr. Arnold Ruge entpuppte. Der Breslauer Richter hielt unbegreiflicherweise das gegen Ruge vorliegende Tatsachenmaterial zur Aufrechterhaltung der Haft nicht für ausreichend, und Ruge wurde in Freiheit gesetzt, um nun selbstverständlich zu verschwinden. Die Zeitungsmeldungen über diese Angelegenheit berichteten von eifrigen Ermittelungen, die aber überall auf Schwierigkeiten gestoßen seien. Auch der Oberstaatsanwalt beschäftigte sich mit diesem Vorfall, und auf seine Beschwerde hin erließ das Landgericht Breslau, auf Grund inzwischen beigebrachten umfangreichen Materials, Haftbefehl gegen Ruge. Am 6. Oktober wurde der Steckbrief veröffentlicht, in dem Ruge Geheimbündelei, unbefugter Waffenbesitz, Amtanmaßung, **Urkundenfälschung und versuchter Mord** zur Last gelegt wird. Der Justizminister zieht es, nach einer Meldung des amtlichen preußischen Pressedienstes in Erwägung, ob die Maßnahmen des Breslauer Ermittelungsrichters, die Ruge das Verschwinden erst ermöglichten, Veranlassung zu einem

Vorgehen gegen diesen geben können. (Vergl. hierzu die Meldungen der „Münchener Post" vom 15. September und des „Berliner Tageblatt" vom 7. und 8. Oktober, Morgenausgaben.)

Wir möchten noch darauf hinweisen, daß dieser Fall erneut Unterlagen für die Tatsache bietet, daß der Antisemitismus nichts anders ist als der **Schrittmacher der Reaktion.**

12. Herr Kunze und die Deutschnationalen.

In einem Flugblatt, das die Deutschnationale Volkspartei vor den Stadtverordnetenwahlen in Berlin verteilen ließ, heißt es:

„Und dann die neue Firma des Herrn Kunze: Nach der Preußenwahl im Februar 1921 rühmte Herr Kunze im „Deutschen Wochenblatt" die stramme deutschvölkische Gesinnung der verantwortlichen Führer der Berliner Deutschnationalen und schrieb, der gewaltige Berliner Erfolg unserer Partei sei aus dieser Betonung des deutschvölkischen Gedankens zu erklären. Jetzt stellt Herr Kunze ausgerechnet bei uns Sonderkandidaten auf. Wessen Geschäfte besorgt Herr Kunze damit? Die des Judentums, das von der völkischen und nationalen Zersplitterung allein den Vorteil hat.

Jeder Deutschvölkische Groß-Berlins wählt deshalb am 16. Oktober allein die bewährte Deutschnationale Volkspartei!"

13. Ein nationalsozialistischer Generalappell.

Einer Meldung der „Süddeutschen Presse" vom 21. 9. 21 zufolge hat die sozialdemokratische Fraktion im Münchener Rathaus folgenden Dringlichkeitsantrag gestellt:

„Das Direktorium wird gebeten, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um unter allen Umständen zu verhüten, daß Gemeindegebäude zur Abhaltung von geheimen Versammlungen mißbraucht werden."

Die Begründung des Antrages lautet:

„Am Samstag, den 17. September, abends 7 Uhr, fand in der Schule an der Sieboldstraße eine von etwa 60 bis 80 Teilnehmern besuchte geheime Versammlung statt, zu der folgende Einladungen ergangen waren:

a) Sie werden aufgefordert, zu dem am 17. 9. in der Sieboldschule, Sieboldstr. 2, Haidhausen, abends — vorm. — nachm. (vorm. und nachm. gestr.) um 7 Uhr, stattfindenden

Kontrollversammlung (gestr.)
Generalappell
Zusammenkunft (gestr.)

zu erscheinen. Binde und Ausweis sind mitzubringen.

Morgen, Freitag, 16., abends, Versammlung im Kindlkeller.

Für die Sturmabteilung: gez. E. Maurice.

b) Die andere Einladung war gleichlautend und unterschied sich nur durch einen Satz, der lautete:

‚Binde und Kn. sind mitzubringen.'

In der Versammlung wurde eine Schultafel dazu benutzt, um durch Aufzeichnung von mehreren Hakenkreuzen, den Buchstaben E, einigen Knöpfen und Pfeilern eine bestimmte Absicht zu demonstrieren. Es ist notwendig, unsere städt. Gebäude zu schützen, damit sie nicht der Tummelplatz geheimer, durch Gesetz verbotener politischer Agitationen werden."

Was Kn. bedeutet, ist klar: Knittel.

14. Die Germania über die Ostjuden.

Der „Tag" bringt in Nr. 193 vom 19. August, Ausgabe B, einen Artikel unter Rubrik „Zeit- und Streitfragen des Tag" von Dr. Alfred Marcus, der die Ostjudenfrage behandelt und in dem es abschließend heißt:

„Das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands stellt durch seine im obigen kurz dargestellte Tätigkeit in der Bewältigung der für Deutschland aus der ostjüdischen Wanderung entstehenden Probleme einen nicht mehr auszuschaltenden Faktor dar. Die deutsche Oeffentlichkeit wird gut daran tun, ihre Aufmerksamkeit einem Werk zuzuwenden, das unter schwierigsten Verhältnissen den deutschen Interessen die größten Dienste leistet."

Am gleichen Tag veröffentlicht die „Germania" in ihrer Abendausgabe Nr. 502 von demselben Verfasser einen Artikel über die Ostjuden in Deutschland, der von der Schriftleitung mit einer Einleitung versehen ist, die beweist, wie maßgebende katholische Kreise die „Ostjudengefahr" ansehen. Diese Einleitung lautet:

„Der Antisemitismus in Deutschland hat nicht wenige neue Nahrungszufuhr durch das verstärkte Auftreten von Ostjuden, jenen gewiß in mancher Beziehung vielfach nicht gerade sympathischen Zeitgenossen aus Rußland, Polen und Galizien, erfahren. Der Hetze gegen diese Leute, wodurch sich besonders die Rechtspresse auszeichnet, haben wir uns nie angeschlossen, weil wir das für unvereinbar mit christlicher Gesinnung halten. Im übrigen ist uns die Ostjudengefahr in Deutschland nie so groß erschienen, wie sie wohl dargestellt wird. Wir geben im Folgenden einen Aufsatz über diese Frage wieder, der allerdings von interessierter Seite stammt, dessen Ausführungen uns aber gleichwohl für eine richtige Beurteilung des Ostjudenproblems Beachtung zu verdienen scheinen."

15. Der Gedanke als Rassenbildner.

Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlichte in ihrem Morgenblatt vom Sonntag, den 20. März, einen Artikel von Dr. Alfred Gradenwitz, „Der Gedanke als Rassenbildner, Versuch einer neuen Rassentheorie."

Er führt darin aus:

Der Gedanke, der Vater aller Dinge herrsche nicht nur im menschlichen Schaffen, sondern auch in der Natur und in der Geschichte, im Schicksal des einzelnen und im Schicksal der Völker. Er schaffe Formen, beeinflusse die Entwicklung und die Ereingnisse. Der Gedanke, die geistige Verfassung also, sei vor allem aber auch ein wichtiger, vielleicht der wichtigste schaffende Faktor im Werden der Menschenrassen. Die Vererbung sei zwar auch von Wichtigkeit, aber sie sei nur ein Faktor, und ihre Rolle könne bei all ihrer Wichtigkeit durch den Einfluß der Mentalität verdeckt werden. Zur Stützung seiner Behauptung führt Dr. Gradenwitz drei Argumente an: erstens bekannte Erfahrungs-Tatsachen, zweitens das Zeugnis der Weltgeschichte, drittens neue Versuche über Erscheinungen besonderer Art.

Er geht zuerst auf die letzteren ein und bespricht die Forschungen von Dr. Freiherrn von Schrenck-Notzing und dessen Untersuchungen über das viel umstrittene Phänomen der Materialisation in Anwesenheit gewisser Medien, d. h. seelisch eigenartig begabter

Menschen. Hierbei sei bewiesen worden, daß von einem geeigneten Medium im Zustand tiefer Hypnose eine feine, plastische Masse ausgehe, die organisch (wenn auch nicht immer sichtbar) mit dem Medium zusammenhängt, sich — bald schnell, bald langsam — bewegt und das Bestreben zeigt, menschliche Organe, ganze Köpfe und Gestalten zu bilden. Was das Medium denkt oder was ihm von außen suggeriert wird, findet seinen unmittelbaren Ausdruck in den Gebilden, die aus der anfänglich unförmlichen Messe geschaffen werden.

Hier also wie auch bei zahlreichen „normalen" Erscheinungen des Naturgeschehens sei der Gedanke nicht das Produkt der Materie, sondern das Ursprüngliche, Primäre: „Der Gedanke — der des Individuums sowohl wieder eines höheren, allumfassenden Prinzips — ist es, der Materie schafft, in Formen knetet, organisiert und belebt!"

Dr. Gradenwitz geht nun zur Erörterung des Begriffs der Rasse über, dem etwas sehr Reales, Greifbares, wenn auch schwer Analysierbares, zugrunde liegt, ein Komplex verschiedenartiger Eigenschaften, der nicht nur körperlich als Rassentyp, sondern auch seelisch in einer gewissen Gemeinsamkeit des Denkens und Empfindens, gemeinsamer Mentalität, zutage tritt. Diese Gemeinsamkeit aber sei nicht der Ausfluß einer physischen Gleichmäßigkeit, die aus der Vererbungstheorie zu erklären ist, sondern die Sache liegt vielmehr umgekehrt, die Aehnlichkeit der Körperform sei bedingt durch gleichmäßiges Denken und gleichmäßige Mentalität. Dafür führt der Verfasser folgende Beispiele an:

a) Die romanischen Rassen seien nicht dadurch entstanden, daß die römischen Siedler in den von ihnen unterworfenen Ländern der Zahl nach im Uebergewicht gewesen seien und so den Rassentyp der Ureinwohner allmählich verdrängen konnten; vielmehr seien sie der Kultur nach den Unterworfenen überlegen gewesen, so daß die romanischen Rassen nicht durch physisches Aufsaugen der Eingeborenen, sondern durch den Sieg des römischen Gedankens geschaffen seien. Dieser Sieg sei nur vorübergehend durch andere Einflüsse (in Spanien z. B. durch die maurische Kultur) unterbrochen.

b) Als zweites Beispiel entrollt Gradenwitz vor uns das Schicksal der germanischen Siedler, die seit Cäsars Zeiten nach Westen und Süden, später aber nach Norden und Osten drängten. Es sei unumstößlich, daß sie nirgends an der Schaffung des Rassentyps, außer in kleinen Aeußerlichkeiten, wie Schädelform, Haarfarbe, starkt mitgewirkt hätten. „Deutsche Rasse gibt es nur dort, wo deutsche Sprache, Kultur und Denkweise herrschen."

c) Auch der Engländer, der von deutscher Seite oft als „Vetter" beansprucht werde, sei dennoch, seiner Rasse nach, den deutschen und ebenso den anderen Germanen gegenüber durchaus selbständig und charakteristisch. Er stelle einen so lebenskräftigen Typ dar, daß er sich überhaupt in der Welt, wo Engländer kolonisierten, ganz gleich, ob das englische Bevölkerungselement im Uebergewicht war oder nicht, durchgesetzt habe. Derselbe Typ herrsche auch in Amerika vor, auch dort, wo ursprünglich eine deutsche Mehrheit vorhanden war, da mit dem Uebergewicht des amerikanischen Gedankens auch die Entstehung des im wesentlichen angelsächsischen amerikanischen Rassentyps verbunden sei.

d) Den gleichen Beweis führt Gradenwitz für die spanische und portugiesische Rasse und deren Durchsetzung in Südamerika.

e) Wiederum ein Beweis für die Macht des Gedankens ist es, wenn Auswanderer den Einfluß des Volkes, in dessen Mitte sie gelebt haben, in ihrem äußeren Habitus, in ihren Manieren und ihrer Physiognomie zeigen und ihn auf ihre Nachkommen auch ohne Mischehen vererben.

f) Weiteres Beweismaterial findet der Verfasser bei den Magyaren, „die ethnographisch Mongolen sind, da sie aber kulturell Europäer geworden sind, sind sie es auch hinsichtlich ihres Rassentyps," und Aehnliches gilt von den Finnen.

g) Alle mohammedanischen Völker zeigen infolge der Geistesverwandtschaft auch physische Uebereinstimmung.

„Wenn in allen Ländern die charakteristischen Rassentypen mehr auf dem Lande als in der Stadt, besonders der Großstadt, anzutreffen sind, so dürfte dies vor allem daran liegen, daß sich auf dem Lande die eigentümliche, charakteristische Denkweise eines Volkes weit besser erhält als in der Stadt, wo der geistige Horizont ein weiterer ist, die Volkssitten abgeschliffen und internationalen Normen angenähert sind."

So werde auch Degeneration einer Rasse nicht notwendigerweise durch das Aufrücken der „niederen" Bevölkerungsschichten, nicht durch die Aufnahme andersgearteter, „niederer" Rassenelemente bewirkt: „solange kein geistiger Niedergang stattfindet, so lange die Rassenpsyche so lebenskräftig ist, daß Fremdelemente sich ihr unterordnen müssen, so lange bleibt die Rasse auch trotz aller Beimischungen „rein" erhalten.

Zu diesen Erfahrungstatsachen fügt Gradenwitz noch einige weitere:

Die wachsende Aehnlichkeit der Ehegatten im Laufe der Jahre, die Widerspiegelung des Charakters und des Lebensschicksals in den Gesichtszügen der Menschen, die Züge, daß die Art des Denkens den Gesichtszügen ihren Stempel aufdrücke. Hierzu gehöre auch der Umstand, daß die Angehörigen gewisser Berufe, die Mitglieder gewisser Sekten und Kasten häufig schon in ihrem Aeußeren eine Gemeinsamkeit der Tätigkeit, der Geistesrichtung erkennen lassen.

Darnach könne sich nun die umformende Kraft der Geistesrichtung, im Werden der Menschenrassen in doppelter Weise äußern: „einmal modifizieren sich die Gesichtszüge des einzelnen im Einklang mit der Geistesrichtung der Umgebung, und zweitens findet anscheinend schon vor der Geburt eine formgebende Beeinflussung des Embryos, entsprechend den von der Mutter empfangenen Eindrücken, statt.

In seinen interessanten Ausführungen geht Dr. Gradenwitz auch auf das jüdische Volk ein und sagt: „Ueberall dort, wo die Juden in freiwilliger Abgeschlossenheit leben, stellen sie einen wohl designierten, von ihrer Umgebung verschiedenen Rassentyp dar. In dem Maße aber, wie sie in

ihrem Fühlen und Denken sich kulturell ihrer Umgebung anpassen, eigene Kulturwerke aufgeben und fremde annehmen, in demselben Maße verliert auch ihr Rassentyp viel von seinen charakteristischen Merkmalen.

Alle diese Erörterungen faßt der Verfasser zu der Folgerung zusammen, daß der Rassenbegriff nichts Starres, Unveränderliches ist, nichts, was unverrückbare Schranken zwischen Mensch und Mensch zu errichten imstande wäre: „Ebenso wie sich der Einzelne durch geistige und sittliche Ueberlegenheit bestimmte Rasseneigenschaften aneignen kann, ist andererseits beim Einzelnen und bei der Gesamtheit ein Verlust durch Entartung denkbar. Jeder auf bloßer Abstammung beruhende Rassenstolz ist daher gegenstandslos."

16. Uebertritte zum Judentum.

Auf verschiedene Anfragen veröffentlichen wir nachstehend eine Statistik der in der jüdischen Gemeinde Berlin seit 1913 vollzogenen Uebertritte zum Judentum:

1913:	98 Personen,
1914:	107 „
1915:	65 „
1916:	102 „
1917:	97 „
1918:	100 „
1919:	150 „
1920:	110 „
von 1913 bis 1920	829 Personen.

17. Die Reichsbank.

In Nr. 146 der „Schaumburg-Lippischen Landeszeitung" finden wir einen Aufsatz des Landgerichtsdirektors Friedrich Saar-Ansbach, überschrieben: „Das Gold der Reichsbank."

Die Tendenz des Aufsatzes wird durch die beiden Sätze gekennzeichnet:

„Ihr (der Reichsbank) Grundkapital beträgt 180 000 000 Mark. Davon hat das Reich nur einen Anteil von 15 Millionen. Die Hauptbeteiligten sind die Bankhäuser Rothschild, Bleichröder und Mendelssohn."

Aehnliche Behauptungen, die direkt als Tatsache hinstellen, daß die Reichsbank unter erdrückendem „jüdischem Einfluß" stehe und denen wir in der Nummer 6 der „Mitteilungen" bereits entgegengetreten sind, haben uns veranlaßt, uns an zuständiger Stelle über die Verteilung der Anteile der Reichsbank Auskunft geben zu lassen. Danach steht fest, daß das Reich überhaupt keine Anteile hat. Es sind 120 Millionen in 3000-Mark-Anteilen und 60 Millionen in 1000-Mark-Anteilen ausgegeben. Von den Anteilen ist noch nicht der dritte Teil in den Händen von Banken und Bankiers. Von der 120-Millionen-Ausgabe haben über 500 Banken und Bankiers, von der 60-Millionen-Ausgabe über 1000 Banken und Bankiers Anteilscheine, die zu mehr als zwei Drittel in den Händen von Kaufleuten, Landwirten, Fürsten, Beamten, Witwen und Waisen, Rentnern und Einzelpersonen liegen. Zudem darf kein Inhaber von Anteilen, auch wenn er über zehnmal soviel Anteilscheine verfügt, mehr als 300 Stimmen haben, so daß die Majorisierung durch gewisse Bankhäuser nicht nur praktisch sondern auch theoretisch ausgeschlossen ist.

18. Tragen des Hakenkreuzes von Beamten im Dienst.

Mehrfach schon sind von uns und anderer Seite Beschwerden darüber an die betreffenden Dienststellen vorgelegt, daß Beamte im Dienst das Hakenkreuz tragen. Die nachstehend wiedergegebene Antwort der Oberpostdirektion Breslau auf eine Beschwerde der dortigen Ortsgruppe scheint uns diese Frage so ausgiebig zu beantworten, daß wir sie deshalb im Wortlaut bekannt geben:

Breslau, den 30. September 1921.

Oberpostdirektion
XIV

Zum Schreiben vom 12. Aug. 1921.

Es liegt im Wesen der Dienstkleidung, daß dazu nur solche Abzeichen angelegt werden dürfen, die den Betreffenden amtlich verliehen worden sind. Die Oberpostdirektion erachtet es daher für unzulässig, daß das Hakenkreuz an der Postdienstuniform getragen wird. Dementsprechend ist an das hiesige Postscheckamt verfügt worden. Erforderlichenfalls werden auch die übrigen, der Oberpostdirektion unterstehenden Postanstalten usw. mit gleicher Anweisung versehen werden. Weitergehende Verbote hinsichtlich des Tragens von Abzeichen bedauert die Oberpostdirektion mangels einer gesetzlichen oder sonstigen Vorschrift nicht erlassen zu können.

I. V.: gez. Hartmann.

19. Ein Briefwechsel.

Von dem Vorsitzenden des „Israelitischen Lehrervereins" in Bayern, Herrn S. Dingfelder, wird uns ein Briefwechsel zur Verfügung gestellt, der zwischen ihm und dem Schriftleiter der bayerischen Lehrerzeitung in Nürnberg, Dr. Friedrich Nüchter, im Anschluß an einen Artikel in dieser Zeitung erfolgte. Da uns diese Auseinandersetzung beachtlich erscheint, bringen wir den Schriftwechsel unseren Freunden auszugsweise zur Kenntnis.

In dem besagten Artikel hatte Nüchter also gefolgert:

„Alle deutsche Schulen sind Schulen aus deutschem Geiste. Der gesamte Unterricht kann an allen deutschen Schulen nur auf Grundlage des gemeinsamen deutschen Bildungsgutes erteilt werden. Der allenfalsige Unterricht in irgendeinem Bekenntnis darf nicht gegen die wesentlichen und natürlichen Grundlagen deutscher Geistesart sich wenden". Und im Anschluß an diese Prämissen war die Frage gestellt worden: „Können an Schulen für deutsche Kinder nichtdeutsche Lehrer angestellt werden?"

Gegen diese Formulierung, die sich, dem Zusammenhange, sowie gelegentlicher sonstiger Aeußerungen des Blattes nach, nur auf Juden beziehen konnte, wandte sich Dingfelder in einem offenen Brief, in dem er ungefähr folgendes ausführte: „Da an die Bewerbung ausländischer Lehrer um Stellen im deutschen Schuldienst nicht gedacht sein kann, so ist nur die Anstellung jüdischer Lehrer zur Diskussion gestellt worden und verneint worden. Dr. Nüchter solle doch das wenigstens zugeben, daß jüdische Lehrer an Simultanschulen unterrichten dürfen.

Ihm scheine eine Ministerialverfügung vom Jahre 1873 entgangen zu sein, die die Anstellung von jüdischen Lehrern an Simultanschulen wegen des christlichen Charakters aller Schulen untersagt, und auch das Schulbedarfsgesetz vom 14. August 1919 habe diesen christlichen Gedanken gut geheißen.

Völlig unbekannt scheine es ihm zu sein, daß seit 50 Jahren in Bayern und der Pfalz kein jüdischer Lehrer angestellt worden ist, daß aber Juden, die während der Kriegszeit aushilfsweise an christlichen Schulen unterrichteten, für ihre Tätigkeit den Dank der geistlichen Schulinspektoren und die Anerkennung sogar des Kultusministers erhalten haben. Die Bayrische Volkspartei schließe die Juden ihres Glaubens wegen, Dr. Nüchter der Rasse wegen aus. Für die jüdischen Lehrer sei das Ergebnis dasselbe. Das Prinzip des christlichen Charakters der Simultanschulen sei derartig straff durchgeführt worden, daß das Schulbedarfsgesetz von 1919 fast an der gerechten Forderung gescheitert sei, die jüdischen Lehrer, die an den wenigen jüdischen Bekenntnisschulen bisher unterrichteten, nach deren baldiger Auflösung in den Simultanschuldienst zu übernehmen. Die Zahl der im ganzen Reich angestellten Volksschullehrer jüdischen Glaubens sei so gering, daß die Forderung auf Fernhaltung schädlicher Elemente nicht aus schulpolitischen Gründen gestellt sein kann, sondern nur aus der Geistesrichtung der deutschvölkischen Agitation. Solange kein Beweis dafür erbracht sei, daß jüdische Lehrer nicht im deutschen Geiste ihren Unterricht führten, bedeute die Forderung des Dr. Nüchter ein schweres Unrecht.

Dingfelder wendet sich dann gegen die Rassentheorien der Antisemiten und führt dabei aus: „Fließt auch nicht germanisches Blut in unseren Adern, so ist doch in diesen Kriegsjahren das Blut von 11 000 jüdischen Jünglingen und Männern um Deutschland geflossen." Er erinnert an einen Nachruf, den die bayrische Lehrerzeitung einem gefallenen jüdischen Lehrer gewidmet habe, indem sie diesen als „echten deutschen Mann und Vorbild treuester Pflichterfüllung bis zum letzten Atemzuge" hingestellt hat. Sollten etwa die gefallenen jüdischen Lehrer, wenn sie noch lebten, heute nicht imstande sein, deutsche Kinder im deutschen Geiste zu erziehen? Noch immer gelte für den deutschen Juden das Wort Riessers: „Einen Vater in den Höhen, eine Mutter haben wir — Gott, ihn aller Wesen Vater, Deutschland unsere Mutter hier."

Auf diesen offenen Brief, der in der Lehrerzeitung aus technischen Gründen nicht veröffentlicht werden konnte, erwiderte Dr. Nüchter in einem ausführlichen Schreiben: Den Antisemitismus in seiner heutigen Form, der den Deutschen mehr als den Juden schade, halte er nicht nur für ein Unrecht, sondern für eine Dummheit. Immer klarer werde ihm aber die Tatsache, daß die Rassen in ihren bedeutungsvollsten Anlagen von einander verschieden seien, und daß sich dieser Unterschied um so schärfer auspräge, als die Völker reifer, innerlich selbständiger werden. Eine gewisse äußerliche Anpassung solle darüber nicht hinwegtäuschen. Denn Körper und Geist sei eins. Das sei eine Feststellung, aber kein Werturteil: Nicht der ist besser als jener, sondern nur, der ist anders als jener. Deshalb würde er keine Bedenken tragen, Japaner, Franzosen oder Polen in den deutschen Schuldienst aufzunehmen, falls diese Frage zu praktischer Bedeutung käme. Die Frage der Religion, wenigstens soweit sie nicht Ergebnis der Rasseneigenschaften ist, schalte er zunächst aus. Das aber bedürfe keines Beweises mehr, daß die Juden andere Eigenschaften als die Deutschen hätten; die Jahrtausende hindurch von den Juden streng gewahrte völkische Reinheit habe diesen Unterschied schaffen müssen. Die Kriegsopfer, die das deutsch-jüdische Volk gebracht habe, halte er für selbstverständlich. Darauf müsse er aber hinweisen, daß überall die Juden die Träger der Linksradikalen gewesen seien. Auf Grund dieser tiefgehenden Unterschiede zwischen Juden und Deutschen habe er prinzipiell zu der Auffassung kommen müssen, die er in seinem Artikel dargelegt habe, ohne damit behaupten zu wollen, daß die Anstellung von einigen Dutzend jüdischer Lehrer eine Gefahr für den deutschen Geist bedeute.

In seinem Schlußwort greift Dingfelder gerade diesen letzten Gedanken auf: Recht und Gerechtigkeit kennten keine Prozentnormen. Im übrigen wolle er eine Unterredung abbrechen, die ergebnislos bleiben müsse, weil einer am anderen vorbeirede. Dingfelder widerlegt dann die Behauptung von der Vorherrschaft der Juden in der Politik, besonders in der bolschewistischen Bewegung, wo die führenden Männer nicht weil sie Juden sind, an der Spitze stehen, sondern trotzdem sie es sind. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bekämpfe die Strömungen, bei denen Juden, die in ihnen stehen, durch Verallgemeinerung dem ganzen Judentum zur Last fallen.

20. Deutschnationaler Jugendbund und Jungnationaler Bund.

Das Ergebnis der Tagung des Deutschnationalen Jugendbundes in Nürnberg war die Bildung eines neuen Bundes, des „Jungnationalen Bundes". Während ersterer die altdeutsche Richtung weiter verfolgen will, vertritt der neue Bund jungdeutsche Tendenzen. Der Unterschied besteht darin, daß die altdeutsche, allmählich gänzlich unter den Einfluß der Deutschnationalen Volkspartei geratene Richtung die bisherige Politik voll und ganz weiter verfolgen will, während die jungdeutsche die parteipolitische Einstellung unter der einseitigen Führung der Deutschnationalen nicht mehr mitmachen will und demgemäß deren rassenantisemitische Agitation, das Hakenkreuzlerunwesen und anderes ablehne, weil das Ideal der Jugend nicht durch Anlehnung an eine extreme Partei erreicht werden könne. So mußte es zur Trennung kommen, deren Herbe nur dadurch gemildert wurde, daß beide Teile erklärten, auch in Zukunft zusammen zu arbeiten. Dem neugebildeten Jungnationalen Bund sollen etwa 120 Ortsgruppen des Deutschnationalen Jugendbundes beigetreten sein.

Ludendorf hat eine Einladung zum Bundestag abgelehnt wegen der verschiedenen Strömungen im Bund. Nachdem die Scheidung eingetreten war, nahm er das Amt des Ehrenpräsidenten des Deutschnationalen Jugendbundes an.

21. Wissenswertes für die deutschblütige Jugend.

Verschiedentlich ist auf die Schmähschrift „Wissenswertes für die deutschblütige Jugend" von Ernst Streit, die im antisemi-

tischen Verlage von Karl Rohm in Lorch i. Württemberg erschienen ist, hingewiesen worden. Der Central-Verein hatte seinerzeit Anzeige erstattet, auf Grund welcher wegen fahrlässig zugelassener Gotteslästerung gegen den Verleger Anklage erhoben wurde. Der Prozeß, der mit einem Freispruch des Verlegers Karl Rohm, endete, drängt wiederum die Frage in den Vordergrund, ob es nicht gelingen wird, eine andere Judikatur für Gotteslästerungen und Kollektivbeleidigungen durch Aenderung bei der Strafrechtsform herbeizuführen. Der Autorname, Ernst Streit, ist ein Pseudonym; der Verleger Rohm ist nicht zur Nennung des richtigen Namens des Autors zu bewegen. Aus der Begründung des Urteils geben wir die folgenden Absätze hier wieder, die keines Kommentars bedürfen.

„Die dem Angeklagten zur Last gelegte Kundgebung richtet sich jedoch gegen die „Juden" im allgemeinen, nicht gegen einzelne Juden. Beleidigung einer Mehrheit von Personen unter einer Kollektivbezeigung (Juden, Christen, Katholiken usw.) fallen jedoch nur dann unter § 185 des Str.G.B., wenn sich die Beleidigung gegen bestimmte einzelne Individuen dieser Gesamtheit richtet. Es gibt daher auch keine Beleidigung der Judenschaft als solcher. (R. 3. 306.)

II. Was nun die dem Angeklagten in der Strafanzeige zur Last gelegte Gotteslästerung (§ 166 des StrGB.) anlangt, so handelt es sich hier um eine rechtlich selbständige Handlung. Während es sich im ersteren Falle um einen Angriff auf die Ehre der Judenschaft handelt, handelt es sich in diesem Falle um eine Verletzung ihres religiösen Gefühls, also zweier verschiedener Rechtsgüter, und demnach auch nicht um eine einheitliche Willensrichtung des Angeklagten.

Da jedoch das Vergehen gegen § 166 des Str. G. B. nicht Gegenstand des Eröffnungsbeschlusses ist, so konnte es auch ohne die Zustimmung des Angeklagten, die dieser ausdrücklich verweigert hat, nicht zum Gegenstand der Aburteilung werden. (§ 265 d. St. P. O.)

Der Angeklagte war daher freizusprechen, ohne daß auf die übrigen Einwendungen des Angeklagten einzugehen war."

Da Freisprechungen bei Kollektivbeleidigungsklagen jetzt häufig vorkommen, hat der Centralverein seit einiger Zeit Schritte unternommen, die darauf abzielen, den unwürdigen Zustand der Straflosigkeit gewisser Kollektivbeleidigungen auf gesetzlichem Wege zu beseitigen.

22. Der Deutsche Juristentag gegen die deutschvölkischen Hetzer.

Bei Beginn der 2. Sitzung des deutschen Juristentages vom 14. September in Bamberg wandte sich der Vorsitzende, Professor Dr. Kahl-Berlin, der bekannte volksparteiische Abgeordnete, gegen ein mit dem Hakenkreuz geschmücktes Inserat, das gestern in einer Bamberger Zeitung erschienen war, und in dem ein Berliner Herr die auf deutschvölkischem Boden stehenden Mitglieder des Juristentages zu einer Versammlung einlud. Kahl bezeichnete es als den ersten Fall, in dem der Juristentag zu politischen Zwecken mißbraucht wurde und erklärte, daß der Juristentag derartige Unterscheidungen ablehne und nur den Boden des Rechtes kenne, auf dem alle Mitglieder stehen.

23. Antisemitische Aeußerungen — sofortiger Entlassungsgrund.

Das Landgericht München I hat in einer Verhandlung am 23. 6. 21 eine Entscheidung gefällt, die von prinzipieller Bedeutung ist. Der Geschäftsführer einer G. m. b. H. hat einer Kontoristin gegenüber sich über zwei jüdische Mitglieder des Aufsichtsrats in antisemitischem Sinne geäußert und wurde daraufhin von der Gesellschaft sofort fristlos entlassen. Die wegen Gehaltszahlung für 6 Wochen angestrengte Klage wurde vom Gericht abgewiesen und ausdrücklich betont, daß die außerordentliche Kündigung zu Recht erfolgt ist und die beklagten Gesellschafter ein Interesse daran haben, dies festgestellt zu sehen.

24. Zur Judenhetze am Kurfürstendamm.

Im Februar 1921 hatten an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen radaulustige Hakenkreuz-Jünglinge am Kurfürstendamm, insbesondere in dem bekannten Café Schilling, eine Judenverfolgung im Kleinen arrangiert. Einer regelmäßigen Fortsetzung wurde nur durch das vom Staatskommissar für die öffentliche Ordnung veranlaßte Einschreiten der Schutzpolizei ein Ende gemacht. Nun sollte man meinen, wenn überhaupt eine gerichtliche Verfolgung sich als notwendig ergeben hätte, wäre solche gegen die Urheber gerichtet gewesen. Weit gefehlt! Das Ergebnis war eine Anklage gegen einen jüdischen Studenten wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Der Student war nur zufällig an den Ort der Exzesse gekommen. Als er sich von mehreren der deutschvölkischen Helden beleidigt und angegriffen zur Wehr setzte, trat ein Mann in Civil an ihn heran und forderte ihn auf zur Wache zu folgen. Natürlich verweigerte der Student dies, bis der betreffende Mann als Kriminalbeamter sich zu erkennen gab. Anfassen auf der einen, sich zur Wehr setzen auf der anderen Seite war unvermeidlich. Trotz der einander widersprechenden Aussagen von Beamten und Zeugen hielt der Amtsanwalt den Widerstand für erwiesen und beantragte 150 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte aber auf Freisprechung, weil der Tatbestand nicht genügend zu klären gewesen wäre. Der Staatsanwalt hat darauf Berufung eingelegt.

Daß einer der Hakenkreuzler zur Rechenschaft gezogen ist, davon hat man nirgends etwas gehört.

25. Boykottbestrebungen.

Wie die „Allgemeine Vieh-Handelszeitung", einziges offizielles Publikationsorgan des Bundes der Viehhändler Deutschlands (E. V.) vom 2. 9. 21 mitteilt, hat die Verkaufsvereinigung ostfriesischer Stammviehzüchter des Kreises Weener (Ostfriesland) an eine bekannte Viehhandelsfirma in Hannover folgende Postkarte gerichtet:

> Wir können Ihnen Angebot in ½jähr. Kuh- und Bullkälbern machen, wenn Sie uns die Bestätigung erbringen, daß es sich bei Ihrer Firma um keine jüdische handelt.
>
> Hochachtungsvoll
>
> gez. Zeeb
>
> Direktor der Landw. Schule.

Die jüdischen Viehhändler mögen aus dieser Tatsache die nötigen Folgerungen ziehen. Bemerkenswert ist noch, daß der Vorsitzende dieser Vereinigung im Hauptamt Direktor einer landwirtschaftlichen Schule ist.

26. „Heil Dir im Siegerkranz."

Die „Welt am Montag" veröffentlicht in ihrer Nr. 36 folgende Notiz:

Was man „national" nennt. Nachträglich übersendet man uns das „Staßfurter Tageblatt" vom 5. Juli. Dies von einem Herrn Hottenrott herausgegebene „Blatt für nationale Interessen" bringt ein rechts und links von Hakenkreuzen eingerahmtes Lied mit der Ueberschrift „Heil dir im Siegerkranz!", dessen erste und letzte Strophe folgendermaßen lauten:

Heil Dir im Siegerkranz,
Des schmachbefleckten Land's,
Genosse Dir!
Fühl in der Republik
Dein Präsidentenglück,
Führer des Volks zu sein
Mit Israel!

Mäste den Vampir gut,
Krummer Ministerjud
Der Republik! —.
Hei! wie die Judenpest,
Schwelend von Ost nach West,
Wie Aas und Schwefeldampf
Zum Himmel stinkt!

Deutschvölkische Lieder wie das vorstehende wirken wirklich tröstlich. Wenn man sie gelesen hat, sagt man sich: Deutschland hat zwar viel verloren, aber verloren ist es noch nicht, solange noch so edle, tapfere und geistvolle Dichter den Ruhm deutscher Kultur aufrechterhalten."

27. Material für unsere Redner.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten", ein wegen seiner alldeutschen Tendenz bekanntes Blatt, bringt in Nr. 201 vom Sonnabend, den 23. Juli 1921 einen mit der Ueberschrift „Wittelsbacher und Hohenzollern" versehenen Leitartikel, aus dem hervorgeht, daß allmählich auch in den Kreisen der Alldeutschen eine Erkenntnis der Dinge, wie sie sind, Platz zu greifen scheint:

Unsere tägliche Illusion gib uns heute. — Nicht unbedenklich wächst ersichtlich der Kreis derer, die sich immer tiefer in die Illusion einleben: wenn wir nur erst die Monarchie wieder hätten, dann wäre alles gut. Daß dabei der Norddeutsche hinter dem weiträumigen Begriff Monarchie ganz etwas anderes sucht als der Süddeutsche, tut der Kraft der Illusion keinen Eintrag. Nun kann man recht wohl der Meinung sein, daß eine zeitgemäß ausgestattete Monarchie die angemessenste Staatsform für Deutschland ist, und doch das Wachsen jener Illusion für eine der bedenklichsten Erscheinungen der Gegenwart halten. Aus der unseligen Lage, in die das deutsche Volk sich selbst hineingewirtschaftet hat, könnte es keines Einzelmenschen Kraft mit einem Schlage wieder erlösen, und wäre er Friedrich der Große und Bismarck in einer Person. Erlösung will Zeit haben, dazu gehört vor allem die langsame, innere Wandlung des ganzen Volkes. Ein in der harten Schule der Leiden gewandeltes Volk aber — darüber darf sich kein noch so überzeugter Monarchist täuschen — ertrüge keine Monarchie mehr, wie die war, die im November 1918 ihre treuesten Anhänger sang- und klanglos verlassen hat. Die Monarchie, die Deutschland aus tiefster Erniedrigung erlösen wollte, müßte ganz anders aussehen.

...... Es hat deutsche Offiziere gegeben — Ehre ihrem Andenken! —, die des Deutschen Reiches Kriegsflagge mit ihrem Leben gegen Meuterer gedeckt haben. Aber es hat keinen Kronenträger und keinen Kronanwärter gegeben, der auch nur daran gedacht hätte, Leib und Leben für sein monarchisches Recht zum Pfande zu setzen. Man wird das feststellen dürfen, ohne einem von ihnen Unrecht zu tun, auch nur einem von ihnen einen Vorwurf daraus zu machen. Auch Deutschlands Monarchen waren Kinder ihrer Zeit. Nun eben: eine Monarchie, die Deutschland aus tiefster Erniedrigung erlösen wollte, müßte Vertreter vom anderen Schlage zu stellen haben, Männer, die, wie Bismarck und König Wilhelm fähig wären, dem Schicksal Straffords und Karls I. furchtlos in's Auge zu schauen. Sonst möchte der Versuch einer Restauration Deutschland leicht aus tiefster Erniedrigung in noch tiefere führen.

.... Kronprinz Rupprecht spricht sich auch über die Vergangenheit aus, und da er vielen als kommender Mann gilt, so darf die Auffassung, die er hier vertritt, nicht kritiklos hingenommen werden. Er behauptet, in der inneren Politik sei die Großindustrie ausschlaggebend gewesen und 20 Jahre lang hätten Industrie- und Handelsmagnaten auch die auswärtige Politik des Reiches bestimmt. So einfach liegen die Dinge nun nicht. Gewiß ist in jener Zeit nicht „Deutschlands Wohl", sondern der „Profit" maßgebend gewesen, aber ihren Profit suchten, durch Bestimmung der kaiserlich-deutschen Politik, nicht nur Handel und Industrie, sondern auch — andere Kreise. Darunter solche, die für die königlich bayerische Politik geradezu ausschlaggebend waren. Unter Wilhelm II. war der entscheidende Machtfaktor der deutschen Politik keine einzelne Wirtschaftsschicht, sondern das wurde mehr und mehr ein Bund verschiedener Wirtschaftsschichten und Volksklassen. Auf eine kurze Formel gebracht, kann es heißen: Ostelbische Grundherren, rheinisch-westfälisch-hanseatische Kaufherren und — das Zentrum übten gemeinschaftlich den entscheidenden Einfluß aus.

.... Diese drei Faktoren waren wesentlich mitbestimmend für das, was man unter Wilhelm II. für die einzig mögliche Reichspolitik hielt. Und nun muß man doch fragen: wenn ein so hervorragendes Mitglied der deutschen Fürstenzunft, wie der Kronprinz Rupprecht von Bayern, 1917 diese ganze Politik für verfehlt und gefährlich hielt, weshalb ist vom Organ der deutschen Fürsten, vom Bundesrat, denn nie Widerstand dagegen erhoben worden?

.... Man stemmte sich verzweifelt auch gegen die bescheidensten Reformen, aus falscher Besorgnis, im zeitgemäß ausgebauten Staat möchte „die Hochflut des Radikalismus" Throne und Thrönchen wegschwemmen. So flüchteten die deutschen Fürsten und ihre Vertretungen im Bundesrat sich, aus Angst vor dem Mißvergnügen der Regierten, doch immer wieder unter Wilhelms fal-

tigen Kaisermantel. Und als der Mantel fiel, mußten folgerichtig auch die Fürsten nach. Dafür sitzt ihnen, wie uns, dem deutschgesinnten und ordnungsliebenden Bürgertum, heute die Sozialdemokratie im Nacken. Und wenn sie uns heute Mitglieder der alten Fürstenzunft als Retter aus aller Not empfehlen, dann haben wir wohl ein Recht zu fragen: Weshalb habt ihr uns nicht früher geholfen? Wir, die Regierten, tappten im Dunkeln, wurden künstlich in Unwissenheit gehalten, wurden über lebenswichtige Fragen deutscher Politik systematisch belogen. Ihr, die Mitglieder deutscher Fürstenhäuser, mußtet immerhin mehr wissen als wir. Ihr habt hier und da doch hinter die Kulissen geschaut. Ihr konntet im großen ganzen Bescheid wissen und hattet jedenfalls die Mittel, euch Aufklärung zu verschaffen. Und habt uns doch hineinschlittern lassen, uns und euch. Wie wollt Ihr, daß wir jetzt mit einemmal Vertrauen zu eurem Beruf zur Führung fassen."

28. Ein Beitrag zur Frage „Goethe und die Juden."

„Aus Goethes Freundeskreise", Erinnerungen der Baronin Jenny von Gustedt, herausgegeben von Lily Kretschman, Seite 105, Braunschweig, George Westermann, 1892, ist folgende Stelle von Interesse:

„Felix Mendelssohn war wirklich Goethes David, denn er verscheuchte jede Wolke von der Jupiterstirn unseres verehrten Dichters. Jedem, der damals Mendelssohn kannte, wird es begreiflich sein; trat er doch mit dem ganzen Zauber der Jugend, der Genialität, der glücklichen Zukunftsträume in unseren Freundeskreis. Es fiel Niemandem ein, wie das heute in anderen Städten der Fall sein würde, ihn seiner Abstammung wegen mißtrauisch zu betrachten. Der Gedanke wäre im damaligen Weimar unmöglich gewesen und ist es auch in dem heutigen noch, und wird es sein, so lange die großen Traditionen nicht zur Fabel geworden sind. Goethe schätzte die Menschen nach ihrem Wert, Karl August hatte es stets getan und war von seiner einmal gewonnenen Ueberzeugung selbst durch Gegenbeweise nicht abzubringen gewesen. Am herrlichsten befolgte unsere geliebte Großfürstin diesen Grundsatz, und wir alle hätten uns geschämt, nicht diesen großen Vorbildern nachzueifern. So gehörte Rahel, so gehörte Mendelssohn zu unserer anerkannten Aristokratie."

29. Jungdeutscher Orden.

Auf eine Anfrage nach der Stellungnahme der Jungdeutschen Orden zur Mitgliedschaft von Juden hat der Großmeister folgende Antwort erteilt:

„Der oberste Großmeister hat verfügt: Der Orden ist nicht antisemitisch. Wir müssen aber auf die Zeitströmung Rücksicht nehmen und bitten deshalb die jüdischen Herren, das große Opfer zu bringen und sich nicht zu melden."

Die Zeitschrift des Jungdeutschen Ordens enthält in Nr. 14 in einem Aufsatz „Was wir wollen und was wir tun müssen" folgende Schlußsätze:

„Ordensbrüder können nur Männer deutschen Stammes sein. Es ist nicht möglich, die Pflege der Ideale in die Hände Angehöriger eines uns wesensfremden Volkes zu legen . . . Es ist nicht unsere Aufgabe, offenen Kampf zu predigen dem Judentum, wenn auch wachsames Mißtrauen umsomehr angebracht erscheint, als der Mephistophelische Geist dieses heimatlosen Krämervolkes auch in unser Volk ebenso wie in das ungarische und russische, heillose Verwirrung gebracht hat."

Wir bitten, falls solche oder ähnliche Ausführungen in weiteren Nummern der Zeitschrift, die wir nicht regelmäßig erhalten können, gefunden werden, uns diese im Wortlaut unter Angabe der betr. Nummer übermitteln zu wollen.

30. Der „Hammer" und Hello von Gerlach.

In seiner „Welt am Montag" Nr. 37 vom 12. 9. 21 erzählt Herr von Gerlach, daß der „Hammer" am 15. 6. 21 ihn als Halbjuden bezeichnet hätte. V. G. schrieb hierauf an die Schriftleitung einen Brief, in dem er ironisch darauf hinwies, daß anscheinend der Hammer seine Genealogie besser kenne wie er selbst, bat daher um die zweifellos in Händen der Schriftleitung befindlichen Beweise und betonte, daß er und seine beiden der Deutschnationalen Volkspartei angehörenden Brüder für die Ausfüllung der Lücke in ihrer Familiengeschichte sehr dankbar sein würden. Trotz Beifügung eines Freikouverts habe der Hammer bis dahin nicht geantwortet, — aber die eine Behauptung „mit echt teutschem Mute" seither vermieden, daß er Halbjude sei. Dagegen habe er schleunigst, seinen Mitarbeiter Dr. Frosch — es ist dies ein Hamburger Arzt Dr. Fischer — zum Juden gestempelt. Bezeichnend schließt Gerlach seine Mitteilung mit den Worten: „Womit die armen Antisemiten wohl ihre Spalten füllen könnten, wenn sie nicht mehr lügen dürften!"

31. Karl Liebknecht.

Von einem Freunde werden wir auf das Gemeindeblatt der Evangelischen Kirchengemeinde Gießen (Nr. 4 vom 26. Januar 1919) aufmerksam gemacht, das einen ausführlichen Stammbaum Karl Liebknechts enthält, der trotz dauernder Widerlegung immer wieder als von Juden abstammend hingestellt wird. Auf Grund seiner sehr eingehenden Untersuchung stellt der Verfasser des Artikels fest, daß kein Zweifel daran bestehen könne, daß Liebknecht „ein echter Sprößling aus hessischem Stamme und durchaus von christlich-germanischer Abstammung sei."

Der Artikel steht unseren Freunden gegebenenfalls zur Verfügung.

32. Reichswehrhauptmann Manderscheidt

Der frühere Reichswehrhauptmann Manderscheidt hatte seinen Soldaten bei Besprechungen eines Flugblatts gesagt, der Reichswehrminister Geßler stehe als Mitglied der Demokratischen Partei unter jüdischem Einfluß, und was man von den Juden zu halten habe, das sehe ja jetzt der Soldat selbst. Vom Kriegsgericht war der wegen dieser Beleidigung Angeklagte freigesprochen, und das freisprechende Urteil war in allen drei Instanzen bestätigt worden. Der Reichswehrhauptmann Manderscheidt ist jedoch verabschiedet worden.

33. Der Antisemit Wolziehn oder Wollnziehn.

Der „Welt am Montag", Nr. 37 vom 12. 9. entnehmen wir, daß Wolziehn sich Herrn von Gerlach gegenüber verpflichtet habe, binnen 14 Tagen den Beweis zu erbringen, daß Ballin ein Mädchenhändler gewesen sei. Der Beweis ist bis heute noch nicht erbracht.

Dagegen kam aus Emden die Kunde, daß Wolziehn anscheinend identisch sei mit einem Wollnziehn, dessen Werdegang sehr interessant ist. W. war zuerst bei der demokratischen Ostfriesischen Zeitung, dann bei der konservativen Emdener Zeitung tätig. Dort hatte er Gelder für die Zeitung eingenommen, aber nicht abgeführt. Journalistisch gleich stark im Hakenkreuzlertum wie schriftstellerischer Freibeuterei, „entlehnte" er wörtlich einen Artikel aus einer anderen Zeitung und versah ihn mit seinen eigenen Initialen. Hierzu paßt wie die Faust aufs Auge, daß er in Wittenau die sozialistischen Arbeiterführer der Unterschlagung, den verstorbenen Ballin des Mädchenhandels und Herrn v. Gerlach der Bestechlichkeit bezichtigte.

Da die „Welt am Montag" nur Vorstehendes brachte, nichts aber über den zukünftigen Aufenthalt des p. Wohlziehn, bitten wir um Nachricht, sobald W. an irgend einer Stelle wieder auftaucht.

34. Der Selbstschutz-Soldat Compart.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten warnt zufolge eines Telegramms seiner Ortsgruppe Chemnitz vor einem gewissen Compart, der angeblich dem oberschlesischen Selbstschutz angehört, aber ein notorischer Schwindler sei und teilt mit, daß zur Festnahme des Compart die Ortsgruppen durch ein Rundschreiben veranlaßt seien.

Da nähere Angaben fehlen, bitten wir, falls Compart bei einem unserer Mitglieder erscheint, die nächste Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zu benachrichtigen.

35. Hans Vey.

Wie die in Nürnberg erscheinende „Fränkische Tagespost" mitteilt, ist der bekannte Rassenantisemit Hans Vey, einer der Führer der Deutschvölkischen und der Nationalsozialisten, am 20. 9. von der Strafkammer Nürnberg wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Kindern, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (H. Vey s. Mitt. Nr. 23 vom 10. 9. 20. S. 308.)

36. „Auf gut deutsch."

Die von Dietrich Eckart herausgegebene Monatsschrift „Auf gut deutsch!" hat ihr Erscheinen eingestellt, seit Eckart der Herausgeber des „Völkischen Beobachter" geworden ist.

37. Michael Singer.

Der Herausgeber der „Neuen Zeit" in Chicago, Dr. Michael Singer, der jetzt am meisten für das deutsche Element in Amerika eintritt, ist jüdischer Abstammung.

38. Zur Beachtung.

In der schnellebigen Gegenwart kommen leicht frühzeitige Einladungen ins Vergessen. Deshalb versenden mehrere Ortsgruppen mit ausgezeichnetem Erfolge am Tage vor der Versammlung Erinnerungskarten.

* * *

Im Interesse der straffen Organisation unseres Vereins bitten wir unsere Ortsgruppen, falls ein Mitglied verzieht, sofort derjenigen Ortsgruppe, in deren Bezirk das betr. Mitglied seinen Wohnsitz verlegt, Kenntnis zu geben.

* * *

Wir bitten unsere Freunde im Interesse der Sache, bei auswärtigen Ferngesprächen die notwendige Vorsicht walten zu lassen.

39. Presseschau.

Die **„Berliner Volkszeitung"** vom 25 8. beschäftigt sich mit einem Artikel des **„Deutschen Offiziersblattes"**, der folgendermassen schliesst:

„Hat das Offizierkorps in der Etappe etwa seine 52000 Tote gelassen? Diese einfache Ueberlegung sollte für jedes deutsche Blatt, das auf journalistische Ehre hält, genügen, um es mit Abscheu vor der Verunglimpfung unseres Standes (!) zu erfüllen! Der Standpunkt, den irgendeine deutsche Zeitung zur Offiziershetze einnimmt, wird jedenfalls einen sicheren Massstab dafür bilden, ob sie Anspruch darauf erheben darf, zur ehrenhaften deutschen Presse zu gehören oder nicht."

Die **„Volkszeitung"** meint hierzu:

Wenn auch die Voraussetzungen, wie oben angedeutet, völlig unzutreffend sind, so sollten diese Worte unbedingt festgehalten werden, jedoch — da nach gut demokratischem Grundsatz dem andern billig ist, was dem einen recht ist — überall eine Erweiterung und Ergänzung erfahren. Sie lautet:

Hat das deutsche Judentum etwa in der Etappe seine vielen Tausende von Toten gelassen? Diese einfache Ueberlegung sollte für jedes deutsche Blatt, das auf journalistische Ehre hält, genügen um es mit Abscheu vor der Verunglimpfung der Juden zu erfüllen! Der Standpunkt, den irgendeine deutsche Zeitung zur Judenhetze einnimmt, wird jedenfalls einen sicheren Massstab dafür bilden, ob sie Anspruch darauf erheben darf, zur ehrenhaften deutschen Presse zu gehören oder nicht.

Wie gesagt: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Das **„Hamburger Echo"** vom 2. 9. erinnert unter der Ueberschrift „Als Ludendorff noch mauschelte" an den Aufruf, den die „Obere Leitung von die verbindete deitsche und esterreichisch-ungarische Armees" im September 19 4 im Osten erliess. Nachfolgender Auszug dürfte heute von ganz besonderem Interesse sein:

„Unsre Fohnen brengen eich Recht und Freiheit: gleiche Bürgerrechte, Freiheit vom Glauben, Freiheit zu arbeiten ungesteert in alle Zweigen von ekonomischen und kulturellen Leben in eier Geist!"

„Wie Freind kummen mir zu eich, die barbarische fremde Regierung ist aus!

Die gleiche Rechte vor Jiden soll werden gebaut auf feste Fundamenten."

„Gedenkt Kischinew, Homel, Bialystek, Siedletz und viel hunderter andre blutige Pogromes!

Gedenkt dem Beilis-Prozess und die Arbeit vun die barbarische Regierung, zu verbreiten dem schrecklichen Ligen von Blutgebrauch bei die Jiden!"

Verantwortlich: Syndikus Dr. Ludwig Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.